

Anarcho Infoblatt Jena #3

Schleimkeim - Kriege machen Menschen

Deutschland hat den Krieg verloren.
Ja, aus diesem Grund wurden wir geboren.
Über Deutschland sauber krachen,
konnt' mein Opa meine Mutter machen.
Mein Vater hat den Rest gemacht,
ich habe zuletzt gelacht.

Kaum aus diesem Alptraum erwacht,
wirst Du zum Kübel gemacht.
Mit Stahl im Stiefel, Gewehr in der Hand
kämpfst Du für ein freies Vaterland.

Kriege machen Menschen!
Menschen machen Krieg!

Deutschland hat den Krieg verloren.
Ja, aus diesem Grund wurden ich geboren.
Über Deutschland sauber krachen,
konnt' mein Opa meine Mutter machen.
Mein Vater hat den Rest gemacht,
ich habe zuletzt gelacht.

Kaum aus diesem Alptraum erwacht,
wirst Du zum Killer-Man gemacht.
Mit Stahl im Stiefel, Gewehr in der Hand
kämpfst Du für ein freies Vaterland.

Kriege machen Menschen!
Menschen machen Krieg!



**Samizdat mit praktischen Infos für
Organisierung und Aktion in Jena**

Orte, Seiten und Zines der autonomen Szene

Infoladen Jena

<http://infoladenjena.blogspot.de/>

Die stabilste Struktur der linksradikalen und Antifa-Szene der Stadt. Hier findest du zahlreiche und politisch sehr unterschiedliche radikale Gruppen, Infomaterial, Zeitungen, Zeitschriften und Internet.

Adresse: Schillergässchen 5, 07745 Jena, letzte Etage hinten links überm Grünowski.

Öffnungszeiten Donnerstag 17:00-18:00 und Freitag 14:00-18:00.

Frei(t)raum der Uni Jena

Der Frei(t)raum wurde von einer älteren Generation politisierter Student_innen als selbstverwalteter studentischer Raum erkämpft. In ihm können problemlos Veranstaltungen und Treffen organisiert werden.

Der Wolja-Blog

<http://wolja.noblogs.org/>

Am 6. Dezember 2013 wurde das Haus in der Neugasse 17 besetzt und am 1. Juli 2014 das Haus in der Carl-Zeiss-Straße 11. Beide Male wurden die Besetzungen nach nicht einmal 24 Stunden von den BFE-Bullen aus Erfurt gewaltsam geräumt. Auf dem Wolja-Blog wurden diese Aktionen begleitet und ausgewertet und die Verteidigung der Genoss_innen gegenüber der Strafverfolgung unterstützt. Für die nächste Hausbesetzung steht er auf alle Fälle immer zur Verfügung.

Was tun

<http://wastun.co.vu/>

Der Jeaner Bewegungskalender mit Infos und Terminen der lokalen linken und linksradikalen Szene im weitesten Sinne.

Lirabelle

<http://lirabelle.blogspot.eu/>

Das Thüringer Szeneblatt mit Beiträgen von linksradikalen und antiautoritären Gruppen und Genoss_innen aus Jena, Erfurt und anderen Städten.

Die dritte Nummer des AIB Jena wurde Anfang April 2016 in Jena von einzelnen Genoss_innen im Selbstdruck in 300facher Ausgabe herausgebracht und an verschiedenen Orten hinterlegt. Mehrere Kopien sind im Infoladen Jena zu finden. Eigentum ist Diebstahl! Das Heft kann zu Bewegungszwecken frei kopiert und verbreitet werden. Alle bisherigen Ausgaben sind in das samizdatarchiv.noblogs.org hochgeladen. Die nächste Ausgabe ist für Anfang Juni 2016 angepeilt.

Wir sind erreichbar unter: AIB Jena, c/o Infoladen Jena, Schillergässchen 5, 07745 Jena.

Jeden Donnerstag ab 20:00 im Bahnhof von Eisenberg (Bahnhofstr. 6).
Vokü des Hausprojekts im Eisenberger Bahnhof.
Am besten fährt mensch mit dem Auto hin (A7 Richtung Gera). Es fährt auch stündlich ein Bus hin (die 431), nur abends nicht mehr zurück...

Jeden 3. Donnerstag im Monat im Freiraum (im Saalbahnhof).
Soli-Tresen der Gruppe Pekari
<http://pekari.blogspot.de/>
Einmal im Monat saufen wir zur Unterstützung lokal laufender Kämpfe.

Jeden Freitag von 15:00 bis 18:00 im Infoladen.
Infocafé der Gruppe Pekari im Infoladen
<http://pekari.blogspot.de/infocafe/>
Die offene linke Basisgruppe Pekari hält jeden Freitag den Infoladen offen und lädt zu ihrem Infocafé ein. Bei allen möglichen Fragen - von Demo-Teilnahme bis zu Organisierungsmöglichkeiten in Jena - kannst du hier aufkreuzen und wirst Genoss_innen finden, die sie dir gerne beantworten.

Unregelmäßig.
Critical Crisis Concerts
<http://criticalcrisis.blogspot.de/>
Seit 2012 organisieren Genoss_innen aller zwei bis drei Monate ihre Critical Crisis Concerts. Mit Punk und Electro-Punk versuchen sie, eine nicht-kommerzielle und politisierte Gegenkultur aufzubauen. Die Konzerte werden auf ihrem Blog und auf Wastun angekündigt.

Inhalt

Zur dritten Ausgabe (Seite 4)

[Bewegungsgeschichte]

"Führergeburtstag", Nazis und Antifa (Seite 6)

Die antimilitaristische Schüler_innenbewegung 1999 in Jena (Seite 8)

[Aus den letzten Monaten]

Gelaufene Aktionen in und aus Jena (Seite 14)

Gefangenen-Infos (Seite 16)

Bericht von den Aktionen gegen die AfD-Demo vom 20. Januar 2016 (Seite 19)

[Aus den laufenden Kämpfen]

Rechte Aktivitäten erfassen und dokumentieren! (Seite 22)

Interview mit der Gruppe Rhythms of Resistance Jena (Seite 28)

Für unbefleckte Abtreibung (Seite 32)

Offener Brief von Mena von Roma Thüringen (Seite 38)

[Anstehendes]

Kommende Aktionen und Veranstaltungen (Seite 40)

[Theoretisches]

Und es gibt die doch: anarchistische Staatsverständnisse (Seite 42)

[Internationales]

Migrant_innen und Anarchist_innen gegen den (linken) Staat und seine Grenzen (Seite 46)

[Stabiles]

Regelmäßige Termine der Jenaer Szene (Seite 49)

Orte, Zines und Seiten der Jenaer Szene (Seite 51)

Zur dritten Ausgabe

(vom Redaktionskollektiv)

Die dritte Nummer des Anarcho-Infoblatts Jena ist dank der Semesterferienpause weitaus dicker und hat dank neu erworbener Grundkenntnisse in Scribus (die Freeware-Version von Indesign) ein ganz neues Layout. Neben den gesammelten Aktionen und Gefangeneninfos, den aktuellen Textbeiträgen, den kommenden und regelmäßigen Terminen haben wir neue Kategorien eingeführt, die wir versuchen, in den nächsten Monaten fortzuführen: Bewegungsgeschichte, Theoretisches und Internationales. Wir freuen uns, dass mehr Genoss_innen über eigene Texte oder Interviews zur aktuellen Ausgabe beigetragen haben und unser Heftprojekt sich so weiter kollektiviert.

Ein großer Teil der Texte (zur Geschichte des 20. April, die Auswertung der Antifa-AfD-Proteste vom 20. Januar, der Aufruf von Anarch@161, in Teilen das Interview mit der Gruppe Rhythms of Resistance Gruppe Jena) stammen aus dem Kampffeld des Antifaschismus oder beschäftigen sich mit Demogeschichten. Das zeigt zum einen, dass dies einer der Kämpfe ist, die uns in Jena und Thüringen zurzeit am meisten beschäftigen und dass es zurzeit kein anderes lokales Jenaer Bewegungsmedium gibt, in dem derartige Diskussionen stattfinden könnten. Im Zusammenhang mit den intensivierten Aktivitäten der Faschos in unserer Stadt und der Reorganisierung der hiesigen Antifa-Szene wäre ein eigenes Antifa-Zine für themenspezifische Bewegungsdebatten,

Dokumentation von Nazi-Angriffen, Veröffentlichung von Recherche-Ergebnissen, Aufrufe und Infos sicher wünschenswert. Es ist aus unserer Sicht nichts Schlechtes dabei, dass in dieser Ausgabe dem antifaschistischen Kampf viel Raum eingeräumt wurde, aber wir sollten in der nächsten Ausgabe vielleicht doch eine ausführlichere Kritik am gängigen (ost)deutschen Antifa-Modell aus einer anarchistischen Perspektive nachschieben.

Umso wichtiger ist es, noch einmal auf die anderen Kämpfe hinzuweisen, an denen viele von uns in Jena teilnehmen. Die Lage der Gefangenenengewerkschaft GG/BO und ihres Sprechers David Hahn in der JVA Untermaßfeld ist extrem schwierig. Ab Mitte März kam er wieder in Iso-Haft, schluckte Rasierklingen und wurde mit 24stündigem Licht in seiner Iso-Zelle psychisch aufgerieben (siehe die Gefangenen-Infos Seite 16). Der Kampf der Roma und Romnja in Erfurt gegen das Abschieberegime und den linksverwalteten Thüringer Staat geht weiter und verdient unsere volle Unterstützung (siehe Menas Aufruf Seite 38). Eigentlich wollten wir endlich den schon zur zweiten Ausgabe fälligen anarchafeministischen Text einer Genossin abdrucken. Es kam in letzter Minute wieder was dazwischen. Deswegen haben wir einen Text zur Lebensschützer-Bewegung in Annaberg-Buchholz rausgekratzt, um schon einmal für die dortigen feministisch-antifaschistischen Gegenproteste vom 6. Juni einzustimmen (Seite 32). Und die Initiative

Regelmäßige Termine der Jenaer Szene

Jeden 2. Montag im Monat von 19:00 bis 22:00 im Infoladen.

Gemeinsames Briefeschreiben an Gefangene der GG/BO-Soligruppe Jena

<http://gefangenenolidarijena.noblogs.org/>

Beim Gefangenenolidaritäts- und Briefeschreibabend der GG/BO-Soligruppe Jena kann auch allgemein über Knast und Gefangenenolidarität gesprochen werden und gibt es Hinweise, Tips, Adresslisten und Briefmarken zum Briefeschreiben.

Jeden Dienstag von 18:00 bis 19:00 im Infoladen..

Gewerkschaftliche Sprechstunde der FAU Erfurt/Jena

<http://www.fau.org/ortsgruppen/erfurt-jena/>

Bei Fragen zur eigenen Arbeitssituation, bei Problemen mit deinem Boss oder dem Bedürfnis, einen Arbeitskampf zu führen, kannst du zur offenen gewerkschaftliche Sprechstunde der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft FAU gehen.

Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20:00 im Krautspace.

Sprechstunde für Verschlüsselung, Privatsphäre und Datensicherheit des Hackspace

<https://kraut.space/>

Jeden ersten Dienstag im Monat ab 20 Uhr hat der Hackspace (Krautgasse 26) seine Sprechstunde für alle Fragen zu digitaler Sicherheit. Der Hackspace ist ein autonomer Zusammenschluss von Hackern, die sich für eine selbstverwaltete, nicht-kommerzielle digitale Welt einsetzen und ihr praktisches Wissen gerne mit Anderen teilen.

Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat von 18:00 bis 20:00 im MobB.eV (Unterm Markt 2)

Regelmäßiger Treffpunkt der Gruppe STATT zu Mietproblemen und -kämpfen

rechtaufstadtjena.noblogs.org

Offene Anlaufstelle für alle, die Probleme mit der Miete oder dem Vermieter haben oder Interesse daran haben, sich in das Kampffeld des urbanen Raums und dessen Ausgestaltung einzubringen.

Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat 19:00-21:00.

Offene Antirepressions-Sprechstunde der Rote Hilfe Jena

<http://rotehilfejena.blogspot.de/>

Die Rote Hilfe ist eine bundesweite „spektrrenübergreifende“ Antirepressionsorganisation, d.h. hier findet sich von Anarchist_innen und autonomen Antifas, DDR-Fans und autoritären Roten hin zu den Grünen und der Linkspartei alles ein, was unter das Label „links“ passt. Die Jenaer Ortsgruppe wird zum Glück von soliden antiautoritären Genoss_innen getragen.

können an die lokalen Kämpfe anschließen.

Wir haben aus verschiedenen Gründen dazu aufgerufen, das Orfanotrofeio durch Geldspenden zu unterstützen. Erstens ist es zu einer wichtigen Anlaufstelle der migrantischen und antirassis-

tischen Bewegung der BRD geworden. Zweitens halten wir es für eine solidarische Praxis, im Rahmen des Wohlstandsgefälles zwischen BRD und Griechenland einen Teil der uns zur Verfügung stehenden Ressourcen umzuverteilen und unseren Genoss_innen zur Verfügung zu stellen.

**Gemeinsame Kämpfe von Einheimischen und Migrant_innen!
Für einen antiautoritären Internationalismus!**

**Spendenkonto zur Unterstützung des
Orfanotrofeio**

Kontoinhaberin Rote Hilfe Ortsgruppe Jena
IBAN DE77 4306 0967 4007 2383 09
BIC GENODEM1GLS (GLS Bank)
Betreff: Salonika squat

zur Gründung eines Internationalen Solidaritätsfonds informiert über den Stand der Kämpfe in Griechenland und ruft zur Unterstützung der Wohnbesetzung für die Migrant_innen Orfanotrofeio in Thessalonikī auf (Seite 46).

Um ein militantes kollektives Gedächtnis und das Wissen um die Geschichte der eigenen Bewegung zu fördern, haben wir ein paar Seiten aus der ersten Ausgabe der Jenaer Schüler_innenzeitung Enra-

gés von 1999 reinkopiert (Seite 8) und, um die Debatte zu unsem Verhältnis zum Staat weiterzuführen, einen Text zu den anarchistischen Staatsverständnissen abgedruckt (Seite 42).

Wir hoffen, dass unser Heft in den kommenden Auseinandersetzungen und Organisationsprozessen hilfreich ist und freuen uns in den nächsten Wochen sehr über ehrliche Kritik.

"Führergeburtstag", Nazis und Antifa

(von Konstantin)

Die Faschos haben angekündigt, zum 20. April - zum "Führergeburtstag" - mit Fackeln durch Jena zu ziehen. Damit wollen sie uns auf zwei Ebenen angreifen - durch ihre räumliche Präsenz in der "Antifa-Hochburg" Thüringens und durch den historischen Rückbezug auf den 20. April. Der 20. April ist ein Tag mit großen Symbolwert, sowohl für die Faschos wie für die antifaschistische Bewegung. Diese historische Dimension will ich in Vorbereitung auf die Gegenaktionen kurz ausloten.

Während des Nationalsozialismus, von 1933 bis 1945, war der Geburtstag des "Führers" ein "besonders begangener Tag" mit Beflagung, Partei feiern und Veranstaltungen im ganzen Reich und den besetzten Gebieten. Nur zum 50. Geburtstag Adolf Hitlers, 1939, wurde er vom NS-Staat zu einem Feiertag erklärt. Am Vorabend des "Führergeburtstags", dem 19. April, wurden die Jugendlichen feierlich in die Hitlerjugend (HJ) aufgenommen.

Nach der Zerschlagung des NS trafen sich Altnazis weiter anlässlich des 20. April und feierten heimlich. Mit dem Aufkommen der Neonazi-Szene ab den 70ern und verstärkt ab den 80ern machten sich junge Nazis sowohl in der BRD wie in der DDR zum 20. April auf, um z.B. Migrant_innen zu jagen oder trafen sich in SS-Uniformen vor KZs. 1984 gründet der West-Neonazi-Kader Michael Kühnen die Neonazi-Organisation "das Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf

Hitlers" (KAH). Es wirkte über legale Parteien wie die Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP) oder die Nationale Offensive (NO). 1995 wird das KAH als Nachfolgeorganisation der Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/AN) im sogenannten "Suttgarter Bewegungsprozess" faktisch verboten.

Am 20. April 1989, dem 100. Geburtstag Hitlers, wurde in Westberlin dann richtig Panik gemacht. Es hieß, Nazis werden durch die "Ausländerviertel" ziehen, Heime abfackeln und alles kurz und klein schlagen. Die zu dem Zeitpunkt bereits ziemlich breite und starke Antifa-Bewegung reagierte mit der Kampagne "Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren" und setzte auf Selbstorganisation und Selbstschutz in allen Vierteln. Am Tag selbst trauten sich die Faschos von der FAP letztendlich nicht auf die Straße. Die Antifa-Mobi war also erfolgreich gewesen. Zusätzlich zogen am Abend hunderte türkischer Schüler_innen spontan durch Kreuzberg und Neukölln und nahmen sich die Straßen zurück. Damit wurde der 20. April 1989 zu einer der Geburtsstunden der Antifa Gençlik, einer migrantischen (hauptsächlich türkischen) Antifa-Gruppe, in der sich Exilkommunisten, die in den 80ern aus der Türkei geflohen waren, mit rebellischen Jugendlichen der 2. Generation gemeinsam organisierten. Die Gruppe mobilisierte zu ihren Hochzeiten über 1000 Jugendliche und löste sich 1994 nach dem Mord am Nazi-Funktionär Gerhard Kaindl und infolge des hohen Repres-



Das geschlossene Gefängnis- oder Konzentrationslager von Paranești im Februar 2016 während einer Solidaritätskundgebung.

politisierten Migrant, Frauen und Minderjährigen einen sicheren Wohnort zu gewährleisten. Ziel ist, von der einfachen Unterbringung hin zu einer wirklichen Selbstverwaltung zu kommen und das besetzte Haus zu einem Ort der gemeinsamen politischen Organi-

sierung zu machen. In den letzten Monaten wurde dieser Weg über zahlreiche Plena, Orga-Treffen, die Organisation von Demos, Kundgebungen, Veranstaltungen, Voküs usw. im Orfanotrofeio begangen. Zusätzlich kommen hier No-Border-Leute aus Nordeuropa unter und

Migrant_innen und Anarchist_innen gegen den (linken) Staat und seine Grenzen

(von der Initiative zur Gründung eines Internationalen Solidaritätsfonds)

Als Solifonds, ein paar Leute aus Jena, Leipzig und Berlin, haben wir im März eine Reise nach Griechenland unternommen. Ziel war, unsere Kontakte zur anarchistischen Bewegung zu pflegen und auszubauen, über den Stand der sozialen und Klassenkämpfe sowie laufende Bewegungsdebatten in Griechenland zu berichten. In den kommenden Wochen werden wir ein paar Texte fertig schreiben und hochladen. Im folgenden wollen wir ein paar Worte über den antirassistischen Kampf und unsere Unterstützungskampagne für das Orfanotrofeo verlieren.

Im Jahr 2015 sind wohl über eine Million Menschen über Griechenland nach Nordwest-Europa gekommen. Diese Bewegung wurde durch den Kampfgeist und Willen dieser Menschen möglich und von einer Industrie bestehend aus illegalem Schlepperkapital, Bullen und Militär sowie NGOs gelenkt, organisiert und ausgebeutet. Die europäischen Staaten begannen ab Ende August 2015, die Grenzen, die sie kontrolliert geöffnet hatten, schrittweise wieder zu schließen. Seit Anfang März kommen nicht einmal mehr Syrer mehr über die Grenze. Der Staat versucht, die Migrant_innen im Camp an der griechisch-makedonischen Grenze (Eidomeni) auszuhungern und verschleppt sie in Lager, Hotspots, Detention Centers und andere Internierungseinrichtungen, von wo aus seit einigen Wochen (offiziell jedoch erst seit dem 4. April) massenhaft in die Türkei

abgeschoben wird.

In dieser Lage kommt es zu zahlreichen Aufständen von Seiten der Migrant_innen: Hungerstreiks, Gleisblockaden, Demos, Ausbrüche, Grenzübertritte. Diese Aufstände sabotieren den neokolonialen Apparat zur Verwaltung der Migrant_innen, scheitern aber letzten Endes immer an der militärischen Überlegenheit des Staats. Aufgrund der Prekarität und Fluktuation gibt es in Griechenland kaum Selbstorganisationen von Migrant_innen. (Die Ausnahmen: Les Nomads de la Cité aus Ioannina und das Migrantforum aus Kreta/Athen.)

In den letzten Monaten hat die anarchistische Bewegung Solidaritätsstrukturen aufgebaut und den Kampf gegen den Rassismus fortgesetzt. In besetzten Häusern wurden Kleidung und Essen gesammelt, die deutsch-nordeuropäischen No-Border-Kitchens wurden beliefert, es wurden eigene tägliche Suppenküchen gestemmt und bisher sechs Häuser zur Unterbringung der Migrant_innen besetzt, fünf Athen und das Orfanotrofeo in Thessaloniki. Zusätzlich gab es Kundgebungen, Demos und Aktionen gegen die Grenzschließung, zum Evros-Zaun, zu den Lagern, in den Städten, zur Unterstützung des Kampfs der eingesperrten Migrantin Sanaa Taleb usw.

Das Orfanotrofeo (ehemaliges Waisenhaus) wurde im Dezember 2015 besetzt, um bevorzugt

sionsdrucks auf.

Am 20. April 1990 belagerten 500-600 Ostberliner Skinheads und Nazi-Hools nach einem Spiel des FC Berlin das besetzte Haus in der Schönhauser Allee 20/21 und zogen anschließend über den Alex. Dort feierten sie den Geburtstag Hitlers. Das kann als die erste richtige Neonazi-Demo der DDR gelten. Kurz darauf wurde die DDR an die BRD angeschlossen und verstärkte sich der Nazi-Terror gegen die junge ostdeutsche Hausbesetzer- und Antifa-Bewegung noch mehr.

1989 und 1990 gingen die Neonazis also zum ersten Mal anlässlich des "Führergeburtstags" auf

die Straße. Seitdem kommt es am 20. April immer mal wieder zu öffentlichen Veranstaltungen, Demos oder Angriffen auf Migrant_innen. Letztes Jahr z.B. zu einer Demo in Eisenberg. Aber auch für die Antifa-Bewegung ist der Tag nicht unerheblich. In der Gegenoffensive hat sie 1989 in Westberlin ja an Stärke gewonnen. Momentan passiert in Jena viel in Vorbereitung auf die Gegenaktionen zum 20. (oder wie die Stadt will: 21.) April 2016 und es bleibt abzuwarten, inwiefern diese Organisationsprozesse (Vernetzung untereinander, Gründung eines Jugendbündnisses) nicht nur die Nazi-Party vermiesen, sondern auch dauerhafte Strukturen und Beziehungen hinterlassen.



Militärparade in Berlin anlässlich des 50. Geburtstags Adolf Hitlers 1939.

Die Antimilitaristische Schüler_innenbewegung 1999 in Jena

(von Konstantin)

1999 beschloss die rot-grüne Regierung den ersten massiven Einsatz bundesdeutscher Truppen im Ausland, nämlich im Kosovokrieg. Gegen diesen ersten Auslandseinsatz deutscher Truppen seit 1945 formierte sich eine breite antimilitaristische Protestbewegung. In Jena wurde sie vor allem von den Schüler_innen getragen. Nach dem Ende der Schüler_innenmobilisierungen gegen den Kosovokrieg gründete sich die linksradikale Schüler_innengruppe „Enragés“. Sie traf sich im Infoladen, brachte eine gleichnamige Zeitschrift raus, nahm an verschiedenen Kämpfen in der Region teil und löste sich 2003 auf.

Eine vollständige Sammlung aller Ausgaben der Zeitschrift findet sich im Infoladen. Wir haben uns aus drei Gründen entschieden, im folgenden das Titelblatt und die Chronologie der Enragés aus dem ersten Heft abzudrucken. Erstens spielte die Gruppe für die Entwicklung der Szene in Jena eine wichtige Rolle. Eine ganz Generation auch heute noch aktiver radikaler Linker und Autonomer hat sich in den Enragés politisiert und radikalisiert. Zweitens geben uns die Enragés einen Eindruck davon, was in Jena an Schüler_innenorganisation möglich war und ist. Drittens zeigen die Schüler_innenproteste gegen den Kosovokrieg aus heutiger Sicht, wie sich die BRD als kriegsführende Nation normalisiert hat. 1999 hat der Bundeswehr-Einsatz im Kosovo noch zu massenhaften und

radikalen Protesten in der ganzen BRD geführt. Zweieinhalb Jahrzehnte später, 2015/2016, kann der Staat innerhalb weniger Monate vier Truppeneinsätze (Türkei, Mittelmeer, Syrien, Ägäis) beschließen, sind die Städte voll von Bundeswehrpropaganda, werden neue militarisierte Polizeieinheiten gegründet (BFE-Plus), wird auf dem Truppenübungsplatz Altmark mit Schnöggersburg eine ganze Modellstadt zwecks Einübung urbaner Aufstandsbekämpfung aus dem Boden gestampft, ohne dass es nennenswerten Protest dagegen gäbe. Die BRD hat es in den letzten 25 Jahren geschafft, ihre Militarierungsstrategie nach innen und außen gegen jeden gesellschaftlichen Widerstand durchzusetzen. Die Kampfansage „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ wurde dabei nicht einfach entsorgt, sondern muss seit 1999 sogar zur Rechtfertigung des neuen deutschen Militarismus herhalten.



Barrikaden während der Schülerdemo vom 6. Dezember 2011 in Thessaloniki. Straßenschlachten mit den Bullen und "gegen den Staat" schaffen zwar das soziale Verhältnis Staat nicht ab, sind aber trotzdem nett.

auch mit ihnen in Wechselwirkung. Der Anarchismus geht grundsätzlich davon aus, dass die Etablierung des Staates mit enormer Gewalt zu Stande kam und sich durch sie am Leben erhält. Gleichzeitig haben viele Menschen aber auch an staatlicher Herrschaft teil und unterstützen sie. Deswegen überlegten Anarchist_innen wie sie entweder „den“ Staat zerstören oder sich abseits seines Einflussbereichs organisieren könnten. Sie gingen also davon aus, dass es Gebiete außerhalb des Staates gibt und dass Menschen „die“ Gesellschaft auf hierarchiefreie, basisdemokratische Wege organisieren könnten. Die Vorstellung einer Trennung von Staat und Gesellschaft entstammt jedoch dem liberalen Denken. Herrschaftsverhältnisse bestehen auch ohne den modernen Staat weiter, weil sie im Bewusstsein der Menschen und auch nicht direkt staatlichen Institutionen verankert sind.

Anarchist_innen heute halten dennoch an dem Ziel der Überwindung staatlicher Herrschaft fest, weil sie ihnen als das deutlichste Zeichen der Herrschaft schlechthin erscheint. Außerdem werden (staatliche) Institutionen nicht als neutral betrachtet, sodass sie für verschiedene Zwecke verwendet werden könnten. Stattdessen funktionieren sie nach eigenen Logiken, welche kritisiert und also solche angegriffen werden müssen. Einfach nur zu sagen, dass „der“ Staat abgeschafft werden soll, ist trotzdem eine naive Annahme. Vielmehr muss es darum gehen, komplizierte Herrschaftsverhältnisse und -ideologien zu verstehen um sie angreifen zu können. Dass Staaten

dabei weiterhin eine zentrale Rolle spielen, steht außer Frage. Dies zeigt sich auch bei der heutigen neoliberalen Form der staatlich-kapitalistischen Herrschaft, die behauptet, den Staat abzubauen und tatsächlich aber nur einen Wandel staatlicher Herrschaft bedeutet. Nun greift sie auch auf sogenannte Nicht-Regierungs-Organisationen (bspw. Greenpeace) oder private Akteure (bspw. Frontex) zurück, während sie gleichzeitig immer die kapitalistische Aneignung des von allen erarbeiteten gesellschaftlichen Reichtums gewährleistet. Bankenrettungen, Subventionen von Unternehmen oder Sozialgesetzgebungen sind gute Beispiele dafür, dass Staaten auch heute massiv und dauernd in die vermeintlich „freie“ Wirtschaft eingreifen. Ab und zu gehen sie sogar gegen die privilegierten sozialen Gruppen vor, verfolgen einige Steuerhinterzieher oder bestrafen Unternehmen, die ihre Regelungen missachten. Der Staat ist deswegen nicht einfach ein „Instrument“ der herrschenden Klasse, aber auch keineswegs neutral, sondern handelt oft im Interesse von Privilegierten, vorgeblich aber nach denen, der von ihm unterworfenen Bürger_innen – wobei alle Menschen, die keine Staatsbürgerschaft besitzen schon mal herunterfallen und nichts gelten. Hierbei zeigt sich, dass die heutige Herrschaft trotz einigen Veränderungen immer auch nationalstaatliche organisiert ist, was zum Problem der Nation und des Nationalismus führt. Dies ist aber eine andere (Herrschafts)geschichte...

HerausgeberInnen: SchülerInneninitiative „Enragés“
c/o J APS Jena, Schillergäßchen 5, 07745 Jena
Fon/ Fax: 03641 - 449304

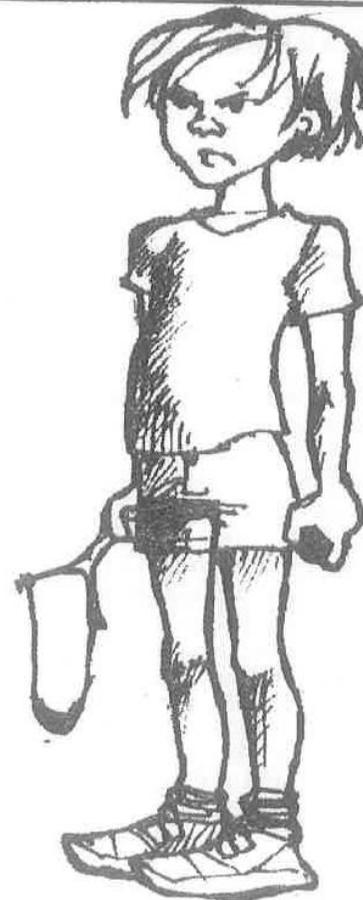


Enragés

Tinke SchülerInnenzeitung

Ausgabe 1 September/Oktober 99

Preis: 0,50 DM



Inhalt

SchülerInneninitiative
Entstehung und Aktionen

Die Stadtguerilla
RAF und Bewegung 2. Juni

Kolumbien
Widerstand in Lateinamerika

Menschenrechte
Situation in der Türkei

... und ...

Die Kräuterecke

„ENRAGÉS“ – EINE CHRONOLOGIE

Während des Kosovo – Krieges organisierte eine Gruppe von SchülerInnen den ersten SchülerInnenstreik am 29.3. . An dieser großen Protestkundgebung mit anschließender Demonstration durch die Innenstadt beteiligten sich ungefähr 600 SchülerInnen aus allen Schulen Jenas. In Reden, mit Transparenten und Sprechchören forderten sie die Einstellung des NATO – Angriffskrieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ).

Eine Woche später fand die nächste Demonstration Jenaer SchülerInnen gegen den Krieg statt. Auch an diesem Tag beteiligten sich fast 500 SchülerInnen. Im Anschluß daran fand das erste Treffen der sich formierenden SchülerInneninitiative „Nieder mit dem Krieg“ statt. An diesem ersten Plenum waren zunächst ungefähr 40 Leute beteiligt. Sie diskutierten über die Möglichkeiten des Protestes gegen den NATO – Krieg, die die SchülerInnen in Jena hatten. Außerdem erarbeiteten sie einen Forderungskatalog, der die Stellung der

SchülerInneninitiative zum Kosovo – Krieg öffentlich machte. Darin forderten sie neben der sofortigen und bedingungslosen Einstellung des NATO – Angriffskrieges gegen Jugoslawien auch die Auflösung der UCK und die Abschaffung des Angriffsbündnisses NATO.

In Diskussionen, die von der SchülerInneninitiative an verschiedenen Schulen organisiert wurden warf besonders die letzte der genannten For-

derungen Kontroversen auf. Dennoch unterstützten viele SchülerInnen Jenas den Forderungskatalog und die SchülerInneninitiative „Nieder mit dem Krieg“. Dieser Forderungskatalog und die darin enthaltenen Forderungen wurden zum ersten mal bei der dritten von der SchülerInneninitiative organisierten Demonstration, am 13.4.99, bekanntgemacht.

Am 20.5. fand eine weitere Antikriegsdemonstration unter Beteiligung von etwa 400 SchülerInnen statt. Im Anschluß an diese Aktion besetzten etwa 150 von ihnen spontan die Paradiesbrücke und legten so den gesamten Verkehr in der Innenstadt für eine halbe Stunde lahm. Währenddessen wurden Flugblätter mit dem Titel *Diese Brücke ist nur für kurze Zeit blockiert – Stellen Sie sich vor, sie wäre zerbombt verteilt*. Durch die Brückenbesetzung gewann die SchülerInneninitiative „Nieder mit dem Krieg“ ein großes Medieninteresse. In allen Lokalzeitungen wurde mehrmals über diese Aktion berichtet. In der öffentlichen Diskussion standen sich durchaus gegensätzliche Meinungen gegenüber. Während einige die Aktion für puren Schwachsinn hielten, räumten andere ein, daß die Brückenbesetzung sie zum Nachdenken be-



gerade das Gegenstück zur staatlichen Herrschaft darstellt. Die Legitimität und Notwendigkeit des Staates kann auch in Frage gestellt werden, wenn die soziale Ungleichheit zu groß wird und die Funktionsweise der kapitalistischen Gesellschaft insgesamt bedroht wird. Meistens geht es Kritiker_innen dann aber darum, einen „gerechteren“ und „sozialeren“ Staat zu fordern, der sie besser verwalten würde. Die parlamentarischen Demokratien eignen sich sehr gut, um Kritik und eventuelle sozialen Konflikte politisch zu vermitteln, sodass die Unterworfenen die Herrschaft mittragen und in sie einbezogen werden.

Wird die Notwendigkeit und Legitimität staatlicher Herrschaft aber grundsätzlich in Frage gestellt, dann können eventuell anarchistische Argumente angebracht werden. Innerhalb der anarchistischen Bewegung gab es stets und verstärkt auch in den letzten Jahren Diskussionen über Herrschaftsformen und Verständnisse des Staates, die von der marxistischen 'materialistischen Staatstheorie' und poststrukturalistischen und feministischen Theorien, vor allem aber von praktischen Erfahrungen in politischen Auseinandersetzungen, beeinflusst wurden. Inzwischen wird der Staat von Anarchist_innen oft als ein Verhältnis verstanden, das bedeutet, er wird nicht mehr hauptsächlich in den Institutionen gesehen, sondern als Ausdruck miteinander verknüpfter gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse. Einige Anarchist_innen wie Gustav Landauer haben dies aber auch schon vorher angenommen. Sehr vereinfacht gesagt ist „der“ Staat eine Beziehung zwischen

Menschen, die an seine Legitimität glauben, mit seiner Ideologie durchdrungen und seinen Gesetzen unterworfen sind, die kapitalistisch ausgebeutet werden (wozu der Staat die Bedingungen gewährleistet und deren Folgen er kompensiert) und die miteinander oft nur vermittelt über ihn in Austausch treten können. Trotzdem findet sich staatliche Herrschaft natürlich auch in den Institutionen, wie Parlamenten, der Regierung, vor allem aber auch der staatlichen Bürokratie, die dabei oft kaum betrachtet wird, und dem staatlichen Personal.

Dass der Staat grundsätzlich abgeschafft werden könnte und Menschen sich und die Gesellschaft stattdessen in freiwilligen Vereinigungen, ohne Zwang organisieren und dort miteinander kooperieren, sich dezentral und basisdemokratisch selbst verwalten könnten, ist die moderne anarchistische Idee. Andere Vorstellungen von hierarchie- und gewaltfreieren Formen der Gesellschaftsorganisation sind im anarchistischen Denken sehr wichtig, denn auch ohne Staaten wird Herrschaft ausgeübt und anti-staatliche Ansätze sind keineswegs immer emanzipatorisch. Die Idee, Staaten abzuschaffen, entstand in einer Zeit, in welcher die Herrschaft von Nationalstaaten mit modernen Regierungstechniken stark ausgebaut wurde, Staaten sich immer mehr Kompetenzen aneigneten und in immer weitere Bereiche des Lebens der Menschen eingriffen. Die staatliche Herrschaft organisiert also die anderen Herrschaftsverhältnisse, unter anderem, weil sie über das Gewaltmonopol verfügt, steht aber

Und es gibt die doch: anarchistische Staatsverständnisse

(von Jenz)

Anarchist_innen hätten keine Staatstheorien, überhaupt kein vernünftiges Verständnis von Herrschaft und gesellschaftlichen Verhältnissen und wären deswegen in ihren Ansichten nicht ernst zu nehmen – so lautet ein gängiges Vorurteil, das von autoritären Sozialist_innen, die oft höchstens mal ein paar lächerliche Kommentare von Engels, Marx oder Lenin gelesen haben, angebracht wird, um sich einer Diskussion darum zu entziehen. Der erste Fehler in dieser Argumentation besteht darin, zu meinen, es gäbe einen homogenen Anarchismus, anstatt die verschiedenen Strömungen, aus denen er besteht, mit seinen unterschiedlichen Vorstellungen, beispielsweise vom Staat. Die Vielfaltigkeit hat verschiedene Gründe und wird von Anarchist_innen meistens begrüßt. Deswegen ist es unsinnig, eine_n Anarchist_in auf bestimmte Vorstellungen festzunageln und einzusortieren, die sie er vielleicht gar nicht so teilt. Mit Menschen und ihren Ansichten sollte sich direkt auseinander gesetzt werden, bevor ein Gefühl dafür entsteht, ob ihre Argumente schlüssig sind oder nicht. Dass es überhaupt eine einheitliche Theorie vom Staat bräuchte, um Kritik an diesem zu üben, ist der zweite Denkfehler. Selbstverständlich ist es wichtig, sich tiefgehend mit einem komplexen Gegenstand wie dem Staat auseinander zu setzen – gerade wenn er und die Herrschaft, für die er Ausdruck ist, zurückgedrängt oder sogar abgeschafft werden soll. Die Auseinandersetzung mit

ihm muss aber deswegen nicht allein in theoretischen Debatten geschehen, bevor Menschen anfangen könnten, sich zu dem Staat auf bestimmte Weise zu verhalten. Das bedeutet aber nicht, dass Anarchist_innen „einfach machen“ und nicht diskutieren würden, im Gegenteil... und auch hier erweist sich Pluralität als Stärke, die kontinuierliche Diskussion ermöglicht anstatt von vorgefertigten Wahrheiten auszugehen, die dann alle teilen müssten.

Dennoch gibt es im Anarchismus verschiedene und bestimmte Vorstellungen, beispielsweise vom Staat. Und allgemein bekannt und wahrscheinlich das Erkennungszeichen der Anarchist_innen schlechthin ist, dass sie den Staat abschaffen wollen. Trotzdem erkennen sie auch unabhängig vom modernen Staat, vor seiner Entstehung und der des Kapitalismus, verschiedene Herrschaftsformen und -ideologien (Patriarchat, Naturzerstörung, Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Religionen), die sie überwinden wollen. Viele Leute steigen an dieser Stelle schon gedanklich aus, weil sie aufgrund ihres ideologisch eingeschränkten Horizonts davon ausgehen, dass „der“ Staat „die“ Gesellschaft organisiert oder ihn sogar mit „der“ Gesellschaft gleichsetzen. Die meisten Menschen sehen staatliche Herrschaft als notwendig und legitim an, solange sie nicht zu weit in die sogenannte Privatsphäre der Unterworfenen eingreift, wobei diese Sphäre

weg hatte. Die meisten hielten die Aktion jedoch für übertrieben. Dennoch sah die SchülerInneninitiative ihre Ziele bei dieser Aktion erreicht. Mit der Brückenbesetzung konnte das Anliegen der SchülerInneninitiative an viele BürgerInnen Jenas herangetragen werden. Über die Besetzung der Paradiesbrücke entwickelte sich ein heftiger Meinungs austausch. In der Zeitung forderte die Jenaer Polizei alle DemonstrantInnen dazu auf sich *von den Leuten fernzuhalten, die es auf eine Konfrontation mit dem Gesetz und der Polizei ankommen ließen* (siehe Foto unten).

geladen worden, die anwesenden Mitglieder beteiligten sich aber dennoch lebhaft an der Diskussion.

Am Nachmittag fand die fünfte SchülerInnen demonstration statt, an der sich wiederum etwa 300 Leute beteiligten. Vor der Goethe Galerie wurde ein Aktionstheaterstück aufgeführt, daß bei DemonstrantInnen wie PassantInnen guten Anklang fand. Mit Sirenengeheul, Bombengeräuschen und Farbbomben stellten Mitglieder der SchülerInneninitiative einen Bombenangriff dar. Während der Aktion malten sie mit weißer Farbe ein großes Target –



Der Oberbürgermeister von Jena Dr. Peter Röhlinger, der Leiter der Polizeiinspektion Wolfgang Schneider und der Schulamtsleiter Frank Schenker richteten ein Schreiben an alle SchülerInnen Jenas. Es trug den Titel *Demonstrieren ja – Aber bitte ohne Gewalt*. Darin forderten sie die SchülerInnen, insbesondere die TeilnehmerInnen an der Brückenbesetzung auf: *Nutzen Sie ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit, aber bitte begehen sie keine Straftaten*. Außerdem wiesen die Verfasser auf die Straftaten hin, die angeblich von den TeilnehmerInnen an der Sitzblockade begangen worden waren – Nötigung und Landfriedensbruch.

Am 27.5. fand in der IGS (Integrierte Gesamtschule Grete Unrein) die erste Podiumsdiskussion zum Kosovo - Krieg statt. Zum Podium war zwar niemand von der SchülerInneninitiative ein-

gezeichnet auf die Straße, daß noch zwei Wochen später zu sehen war und an die Aktion erinnerte (siehe Foto Seite 2).

Während dieser und den folgenden Demonstrationen zeigten auch die Ordnungshüter verstärktes Interesse an den Aktionen der SchülerInneninitiative. Sie begleiteten die Demonstrationstzige mit einem Kamerawagen, der die DemonstrantInnen filmte und überwachte.

Einen Tag später, am 28.5. beteiligten sich Mitglieder der SchülerInneninitiative am wöchentlichen Schweigemarsch in Erfurt, wo sie neue Forderungskataloge verteilten und auf ihre Aktionen in Jena aufmerksam machten. Wohl angeregt vom Jenaer Vorbild besetzten die TeilnehmerInnen der Demonstration eine Straßenbahnbrücke in der Erfurter Innenstadt.

Auch die sechste Demonstration der SchülerInneninitiative am 3.6. enthielt einen "Kulturbeitrag". Als Reaktion auf die verstärkte Überwachung durch die Polizei überfielen als PolizistInnen verkleidete Mitglieder der SchülerInneninitiative die DemonstrantInnen. Sie klagten sie des Landeverrats, der Nötigung und der Menschenrechtsverletzung an. Damit wollten sie auf die verstärkte Repression durch

In einem Leserbrief in der OTZ über die SchülerInneninitiative „Nieder mit dem Krieg“:

(...) „Das sind doch alles von den Kommunisten mißbrauchte Kinder!“ (...)

die Polizei aufmerksam machen. Die SchülerInneninitiative protestierte auf diese Weise gegen die Kriminalisierung der DemonstrantInnen gegen den Krieg durch die Ordnungshüter.

Am 9.6. nahmen wiederum Mitglieder der SchülerInneninitiative "Nieder mit dem Krieg" an einer Brückenblockade und einer darauffolgenden Spontandemonstration in Erfurt teil. Einen Tag darauf fand in Jena die zweite Podiumsdiskussion in der IGS statt. Diesmal saß sogar ein Vertreter der SchülerInneninitiative im Podium und beteiligte sich an der Diskussion. Am gleichen Tag nahmen etwa 200 SchülerInnen an der sechsten SchülerInnendemo durch die Innenstadt teil. Einige Mitglieder der SchülerInneninitiative führten wiederum vor der Goethe Galerie ein Straßentheaterstück mit dem Titel "Wie jeder Krieg beginnt" auf. Dieses Theaterstück fand so eine gute Resonanz, daß es im November sogar noch einmal beim Kulturratschlag in Weimar aufgeführt werden soll.

Anschließend solidarisierten sich die TeilnehmerInnen mit dem Flüchtlingsrat von "The Voice", der zu dieser Zeit einen Hungerstreik gegen die allgemein herrschende Praxis gegenüber Asylbewerbern in Deutschland durchführte.

Nach der Einstellung des NATO - Angriffskrieges gegen die BRJ im Juni fand noch eine weitere SchülerInnen demonstration statt, die unter dem Motto *Folgen des Krieges* stand. Die DemonstrantInnen setzten sich mit den Folgen für die Opfer des Übergriffs der NATO im Kosovo und dem Rest Jugoslawiens auseinander. Sie forderten Soforthilfe durch die Angreifer und die Stationierung von internationalen Beobachtern zur Überwachung der Menschenrechte im Kosovo. Außerdem protestierten sie gegen die Errichtung eines westlichen Protektorats im Kosovo durch die Stationierung der KFOR - Truppen in der BRJ.

Sie stellten die Siegermächte durch eine phantasivolle Kostümierung dar. Vomeweg liefen - als Darstellung der Profiteure des Krieges - als Bonzen verkleidete SchülerInnen und der Tod, mit Sense und einer schwarzen Kutte. Hinter dem Demonstrationszug liefen SchülerInnen, die sich mit zerrissenen Kleidern und blutigen Mullbinden sowie Krücken und Gipsverbänden als Kriegsflüchtlinge und Opfer verkleidet hatten. Auch diese Aktion fand einen guten Anklang unter den etwa 150 DemonstrantInnen.

Am 22.7. fand eines der wöchentlichen Plena der SchülerInneninitiative statt. Hier beschlossen die SchülerInnen weiterhin gemeinsam politisch aktiv zu bleiben. Außerdem besprach man weitere Projekte, zu denen auch die Arbeit an einer SchülerInnenzeitung gehören sollte.

Auf der Suche nach einem passenden Namen stieß man schließlich auf *Enragés*. Zunächst wurde die SchülerInnenzeitung so benannt, zwei Tage später die gesamte SchülerInneninitiative.

20./21. Mai im Jazzcafé (im Kulturbahnhof): Anarchistische Tage in Jena.

6. Juni in Annaberg-Buchholz: Aktionen gegen den christlich-fundamentalistischen Lebensschützer_innen-Marsch.



Solidaritätsbotschaft vom zweiten thüringenweiten Break-Deportation-Treffen vom 12. März 2016 in Solidarität mit Milisa, der am 23. November 2015 mit seiner Familie aus Erfurt abgeschoben wurde. Der Kampf der Migrant_innen, v.a. von The Voice und Roma Thüringen, gegen die Abschiebemaschinerie und all jene, die sie verwalten und unterstützen - NGOs, das Lagerpersonal, Bullen, rechte und linke Regierungsparteien, die rassistische Presse, deutsche Patriot_innen und Nazis - ist einer der wichtigsten Kämpfe unserer Zeit. Kommt zum nächsten Break Deportation Meeting am 30. April in Jena!

Kommende Aktionen und Veranstaltungen

(zusammengestellt von der Redaktionsgruppe)

11. April 19:00 im Infoladen: Briefeschreiben an Gefangene, organisiert von der GG/BO-Soligruppe Jena.
11. April 21:00 bei der Haus-Vokü: Input der Initiative zur Gründung eines Internationalen Solidaritätsfonds zu Griechenland und migrantischen Kämpfen.
12. April 19:00 im Hörsaal 7 der Uni Jena: Info-Veranstaltung zur Ende-Gelände-Kampagne von Pekari.
16. April 14:00-17:00 im Freiraum (Saalbahnhof): Anfänger innen-Workshop von Rythms of Resistance (RoR). Kontakt: samba-resistance-jena@riseup.net
20. oder 21. April: Antifa-Aktionen gegen den Fackelmarsch der Nazis zum „Führergeburtstag“ in Jena.
21. April 20:00 im Freiraum (im Saalbahnhof): Solitresen von Pekari.
23. April: Aktionstag gegen Tierversuche in Jena. Von 10:00 bis 13:00 Kundgebung auf dem Holzmarkt, anschließend Demo.
23. April ab 20:00 im Haus: Punkrock-Konzert von Critical Crisis Concerts.
28. April 19:00 im Frei(t)raum der Uni Jena: Doku-Filmabend mit dem Film „Auf der Kippe“ von Pekari.
30. April 14:00 im Haus auf der Mauer: 3. Break Deportation Treffen in Jena.
1. Mai in Plauen: Antifaschistische Demo „Time to Act“ gegen den faschistischen „Arbeiterkampfstag“ in Plauen. Die Demo wird u.a. von Ums Ganze, sächsischen Antifa-Gruppen und der FAU getragen. Die FAU Dresden ruft zu einem libertär-gewerkschaftlichen Block auf. Aus Jena wird wahrscheinlich ein Bus organisiert.
5. Mai 19:00 im Frei(t)raum der Uni Jena: Doku-Filmabend mit dem Film „Somos Viento - Der Wind sind wir“ von Pekari.
- 6./7. Mai in Eisenberg Festival des Hausprojekts im Bahnhof.
- 13.-16. Mai Aktionen im Rahmen Ende-Gelände-Kampagne gegen den Kohleabbau in der Lausitz. Hinfahrt aus Jena wird von Pekari organisiert.
19. Mai 20:00 im Freiraum (im Saalbahnhof): Solitresen von Pekari.

Nach dem Ende des Krieges begann sich die SchülerInneninitiative neu zu orientieren. So weiteten wir zum Beispiel unser Gebiet an Themen mit denen wir uns befassen wollen weiter aus. So sollen uns in Zukunft spannende Diskussionen aus verschiedenen Bereichen beschäftigen. So arbeiten wir zum Beispiel zu den Menschenrechten und (dazu passend) dem deutschen Schulsystem. Außerdem diskutieren wir über die staatliche Drogenpolitik und dem Umgang mit Drogen. Eine Kritik an dem kapitalistischen System gehört genauso zu unserer Thematik wie faschistischen Strukturen und unser Umgang mit diesen. Wir haben uns vorgestellt, daß wir diese Themen in unseren Samstags Plena diskutieren, dort unsere Positionen dazu beziehen und diese Ergebnisse dann in genau der SchülerInnenzeitung die ihr gerade lest auf den Initiativeseiten veröffentlichen, um allen Leuten die nicht an der Diskussion teilnehmen konnten/wollten in unseren Entscheidungsfindungsprozeß mit einzubeziehen. Menschen die Lust haben bei diesem mitzuwirken können entweder Samstags um 17 Uhr zu unserem Plenum ins Grüne Haus kommen oder uns unter unserer, auf dem Cover angegebenen Adresse, erreichen.

In dieser Ausgabe konnten wir dieses Konzept leider noch nicht in die Tat umsetzen, da unsere Diskussionen und Kritik zu den, von der UNO formulierten, Menschenrechten noch nicht abgeschlossen sind. Das liegt zum einen daran, daß jetzt die Sommerferien hinter uns liegen und zum zweiten sind wir auch nicht die allerfleißigsten. Schöne Sommerferien hatten wir aber trotzdem (ihr hoffentlich auch). Jetzt folgt auch keine Analyse von unserem „schönsten Ferienerlebnis“ aber in diesem Haufen von Freizeit waren wir nun wirklich ein wenig fleißig. So verbrachten einige von uns ihre Ferien im „Anarchistischen-Sommercamp“ um hier Kontakte zu anderen Initiativen zu knüpfen und sich über Publikationen, Positionen und deren Realisierung auszutauschen. Danach reiste ein großer Teil von uns

in das „Anti-Grenze-Camp“ nach Zittau (am Dreiländereck Deutschland-Polen-Tschechien) um dort mit insgesamt ca. 700 anderen TeilnehmerInnen verschiedene Aktionen gegen die Ostgrenze durchzuführen, die nach dem Schengener Abkommen die Festung Europa aufrecht erhält. Die Aktionen richteten sich vor allem gegen den BGS (Bundesgrenzschutz), der die deutsche Grenze überwacht, aber vor allem Flüchtlinge, die illegal nach Deutschland einreisen wollen, weil in ihrer Heimat Krieg ist, sie politisch verfolgt werden oder vor Naturkatastrophen flüchten, jagt um sie wieder aus Deutschland auszuweisen. Diese kreativen Aktionen waren zum Beispiel Grenzspaziegänge, Demos, die Belagerung einer BGS Kaserne, einem überdimensionalen Würfelspiel mit der Bevölkerung auf dem Zittauer Marktplatz, und ein Besuch (Demonstration) im Zittauer Asylbewerberheim mit Solidaritätsbekundung in vielen Sprachen. Bei diesem Camp nahmen mehrere Mitglieder der SchülerInneninitiative teil um auf die Zustände in Zittau aufmerksam zu machen.

Kurz vor Ende der Ferien ging es bei uns gleich wieder richtig zur Sache, denn in Gera kündigte die NPD einen als „Wahlkampfkaktion“ getarnten Aufmarsch an. Hierzu versuchten wir über Flyer zu der Gegendemonstration auf den Platz der Demokratie zu mobilisieren. Ob uns dies gelang lest ihr auf den Seiten 12 - 13!

Zum Schluß bleibt nur noch zu sagen, daß wir uns natürlich weiterhin über Eure Resonanz und besonders Eure Mitarbeit freuen würden. Außerdem wünschen wir Euch viel Spaß mit dieser Zeitung.

Gelaufene Aktionen in und aus Jena

(zusammengestellt von der Redaktionsgruppe)

13. Januar: Beteiligung an der Antifa-Demo gegen die AfD-Kundgebung in Erfurt. Dabei Angriff von Nazi-Hools auf die Jenaer Reisegruppe.

18./19. Januar: Farbanschlag auf das Haus von Wiebke "das Scheusal" Muhsal (stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag und Kreissprecherin der AfD in Jena).

19./20. Januar: Plakatieraktionen mit queerfeministischen und antiautoritären Plakaten gegen die AfD.

20. Januar: Antifa-Proteste gegen die AfD und Verhinderung der von ihr angemeldeten Demo durch Massenblockaden.

25. Januar: Tag der offenen Tür im Infoladen.

2. Februar: Beginn der Kampagne zur Repression gegen David Hahn und die Gefangenengewerkschaft in der JVA Untermaßfeld von der GG/BO-Soligruppe Jena.

6. Februar: Beteiligung an Protesten gegen den Nazi-Gedenktag in Weimar.

8. Februar: Briefeschreiben an Gefangene, organisiert von GG/BO-Soligruppe Jena.

12. Februar: Erstes offenes Treffen der Wagenplatzgruppe und Update zum Stand des im Dezember widerrechtlich gegründeten Wagenplatzes.

17. Februar: Störaktion beim ersten AfD-Stammtisch nach der Gründung des Stadtverbands.

20. Februar: Erstes thüringenweites Break Deportation Treffen in Jena.

2. März: Kundgebung der GG/BO-Soligruppe Jena in Solidarität mit dem Hungerstreik der Gefangenen in der JVA Butzbach.

8. März: Feministische Mitmachkundgebung des AK Queerfeminismus von Pekari.

9. März: AfD-Kundgebung in Jena mit 550 Teilnehmer_innen versus Gegenproteste mit 2500 Demonstrant_innen. Dabei Angriffe auf AfD-Sympathisanten, eine kaputte Bullenkarre und ein gestohlenen AfD-Front-Transpi.

Kinder sind nicht im Kindergarten, warum habt ihr keinen Platz für Roma-Kinder? Was würdet ihr denken, wenn eure Kinder nicht in die Schule dürfen? Wo ist eure Moral, wenn ihr nicht an Kinder denkt?

Wie lange soll das noch weiter gehen?

Lasst uns in Ruhe und stoppt die Deportationen und hört auf uns durch eure Reden in den Mülleimer zu schmeißen. An all die anderen die das jetzt ernst nehmen, lasst uns zusammen kämpfen.

Mena (mit Unterstützung durch Freund_innen)
breakdeportation.blogspot.de

(1) Veröffentlicht am 5. Februar 2016 auf http://breakdeportation.blogspot.de/2016/02/05/offener-brief-von-mena-an-politiker_innen-in-deutschland-und-anderen-menschen/



Demo von Roma Thüringen 2013 in Jena

Offener Brief von Mena an Politiker_innen in Deutschland und andere Menschen (1)

(von Mena, Roma Thüringen)

Merhaba, Hallo, ich bin eine Roma-Aktivistin, die in Deutschland lebt – mein Name ist Mena, ich komme aus den Balkanstaaten. Dies ist ein offener Brief an Politiker_innen in Deutschland und alle anderen Menschen, die dies jetzt mitbekommen. Sie wissen ganz genau Bescheid über die Situation in den Balkanstaaten, dass diese Länder keineswegs sicher für Roma sind. Es ist eine Lüge, diese Länder als sicher darzustellen. Uns Roma wird immer gezeigt, dass wir in keinem Land zu Hause sind und kein Land haben.

Wir alle wissen auch, wie viele Menschen hier in Deutschland verschleppt, gefoltert, ermordet und verbrannt wurden; ihr habt versucht uns zu vernichten. Allein deswegen haben wir hier auf Deutschland Anspruch. In der NS Zeit habt ihr uns in ganz Europa, darüber hinaus und auch im Balkan gejagt um uns umzubringen. Allein deswegen haben wir haben ein Recht darauf hier zu sein.

Wir kommen in der heutigen Zeit nicht wegen Taschengeld. Wir kommen, obwohl wir auch hier Angst haben müssen, weil wir hier trotz aller Anfeindungen würdiger leben können als in den Ländern, aus denen wir kamen. Das Geld jedoch, das ihr uns gebt, wiegt nicht die Angst auf, die wir haben müssen. Die Angst, die wir haben weil wir in der Öffentlichkeit im Alltag schon oft bedroht wurden und werden. Die Angst frisst unsere Seelen auf und Deutschland

weiß es ganz genau, sie machen es ganz bewusst und gut überlegt. Ihr macht das mit Absicht. Ihr wirkt so harmlos in dem, wenn ihr über uns redet, sagt Willkommen oder „Freiwillige Ausreise“ und seid dabei so gewalttätig. Der Hintergrund, das Gedankengut ist noch dasselbe wie unter Hitler. Die Welle des Hasses, die uns entgegen springt, hat verschiedene sozialen Ebenen – durch so etwas wie Pegida, im Alltag oder durch Politiker_innen.

Deutschland ist unersättlich, Deutschland findet immer wieder einen neuen Weg seine Gewalt auszuüben. Damals haben sie uns getötet, jetzt verursachen sie Stress, was kommt noch? Sogar Tiere haben mehr wert als Roma in Deutschland. Ihr als Deutsche, mit euren Privilegien – Sonderrechten, könnt ihr gar nicht nachempfinden wie es sich anfühlt, als Roma zu leben. Wer und wie kann mir das Ganze leid wieder gut gemacht werden? Ihr könnt das gar nicht mehr gut machen.

Ein Gruß an Bodo Ramelow, Dieter Lauinger und alle anderen Politiker_innen, die gegen uns sprechen. Im Vergleich zu dem, was sie immer wieder behaupten, sind wir nur eine Hand voll Roma in Thüringen. Wie kann man nur auf die Idee kommen, heimlich abzuschieben, ohne eine Termin zu machen? Wo ist der versprochene Winterabschiebestopp, ihr habt gelogen. Warum bekommen wir keine Deutschsprachkurse, viele

12. März: Zweites Break Deportation Meeting in Erfurt.

14. März: Briefeschreiben an inhaftierte Frauen, Lesben Trans- und Interpersonen, organisiert von der GG/BO-Soligruppe anlässlich des Frauenkampftags vom 8. März.

18. März: Kundgebung der GG/BO-Soligruppe Jena vor der JVA Untermaßfeld anlässlich des Tags der politischen Gefangenen.

25. März: Zwangsweise Auflösung des neuen Wagenplatzes in Jena Ost.

1.-3. April: Antifaschistischer Jugendkongress "Time to Act" im AJZ Chemnitz.

Jugend gegen Rechts gegründet

Am 18. März hat sich in Jena das Jugendbündnis gegen Rechts gebildet. Es handelt sich um Azubis, Schüler und Schülerinnen von verschiedenen Schulen und Berufsschulen Jenas, die sich zunächst auf die antifaschistischen Aktionen gegen den Fackelmarsch der Nazis zum 20. April vorbereiten (eigener Jugendblock), aber wohl auch längerfristig aktiv sein wollen. Sie organisieren sich unabhängig von Parteien, Gewerkschaften, JG und Vereinen. Regelmäßige Treffen jeden Freitag ab 16 Uhr in den Räumen des Demokratischen Jugendrings (DJR) in der Seidelstraße 21.

Queerfeministisches Zine von FKK

Die feministische Gruppe feministisch.kreativ.kämpferisch (FKK) hat Ende Februar ihr erstes Zine rausgebracht. Im Punk-Art-Collagen-Stil wird sich auf mehreren Seiten künstlerisch mit verschiedenen Aspekten des Patriarchats und Heterosexismus auseinandergesetzt. Es tauchen sogar Anarchie-(A)s auf!

Antira-Organisation kommt ins Laufen

Am 20. Februar fand in Jena das erste thüringenweite Vernetzungstreffen für migrantische Selbstorganisation und die Sabotage der Abschiebemaschinerie unter dem Titel "Break Deportation" statt. Ziel ist es, widerständige Migrant_innen und solidarische Einheimische zusammenzubringen, die Selbstorganisation und Kämpfe der Migrant_innen zu stärken und zu schauen, wie Abschiebungen effektiv verhindert werden können. Seitdem gab es weitere Treffen. Das nächste wird am 30. April in Jena stattfinden.

Gefangenen-Infos

(zusammengestellt vom Redaktionskollektiv)

Infos aus Thüringen

Seit dem 2. Februar ruft die GG/BO-Soligruppe Jena zur Unterstützung der GG/BO und ihres Sprechers David Hahn gegen die Repression in der JVA Untermaßfeld auf. Am 4. Februar wird David Hahn nach vier Wochen aus der Iso-Haft verlegt, die restlichen Schikanen halten an. Am 18. März findet eine Kundgebung vor den Toren der JVA U-feld statt. Am selben Tag wird David Hahn zum zweiten Mal in die Iso-Haft verlegt. Die GG/BO-Soligruppe schrieb am 6. April:

Iso-Haft, Lichtfolter, Selbstverletzung in U-feld

Nach unserer Kundgebung vor den Toren der JVA Untermaßfeld, verlegte die Gefängnisleitung den dortigen Sprecher der Gefangenengewerkschaft David Hahn in den 23stündigen Einschluss. In der Zelle gibt es weder Tisch noch Stuhl. Hofgang hat er morgens um 7 Uhr in völliger Einsamkeit. Es handelt sich de facto um Isolationshaft.

Am 4. April erreichte uns ein Brief von ihm vom 28. März. Darin berichtet er, dass die Isolation ihn psychisch aufreibe, dass er deswegen ärztliche Betreuung beantragt hätte, dass sie ihm verweigert wurde und dass er als Zeichen des Protests Rasierklingen geschluckt habe. Er schreibt, dass Suizid nicht sein Ding sei, das aber eine der letzten Möglichkeiten sei, sich unter den Bedingungen der Isolation zu widersetzen und aus der Iso-Haft rauszukommen. Weiterhin erwähnt David Hahn, dass das Licht in seiner Zelle 24 Stunden angeschaltet sei, obwohl es eine Arrestzelle mit Nachtsichtkamera gebe. Ihm ist klar, dass es den Behörden jetzt darum gehe, ihn in den Wahnsinn zu treiben.

Damit erreicht der Krieg, den die Gefängnisleitung der JVA Untermaßfeld der GG/BO erklärt hat und den sie konkret gegen den inhaftierten Gewerkschafter David Hahn führt, ein neues Niveau. Nach einer Zellenrazzia, vier Wochen Iso-Haft im Januar, Postzensur wie bei der Stasi, der Konfiskation von Broschüren, Stickern und einem Grußwort von David Hahn für eine öffentliche Veranstaltung, Fernsehverbot, Telefonverbot, Trennscheibenbesuche, der Verweigerung einer Arbeitsstelle und dem Einbehalten des Taschengelds bedient sie sich nun Methoden der weißen Folter: wiederholte Isolationshaft und Lichtfolter. Damit soll der rebellische Gefangene, GG/BO-Aktivist und Antifaschist David Hahn gebrochen und von den restlichen GG/BO-Kollegen und Gefangenen isoliert werden.

Wir fordern ein sofortiges Ende all dieser Maßnahmen und rufen zur Solidarität mit David Hahn und der Gefangenengewerkschaft in U-feld auf! Protestiert bei den Behörden und meldet euch direkt bei David Hahn (GG/BO-Sprecher JVA Untermaßfeld / Karl-Marx-Straße 8 / 98617 Untermaßfeld)!

Infos aus anderen deutschen Knästen

Am 3. Januar wird der rebellische Gefangene Rainer Loehnert in den Bunker gesteckt, nachdem er einen Brand gelegt hat. Er ist Gefangener des Maßregelvollzugs (Nazi-Gesetz) und befindet sich seit 29 Jahren in der klinischen Forensik. Schon 2015 hatte er versucht, von dort auszuweichen.

Am 23.1. finden in Hamburg, Berlin und Frankfurt Kundgebungen vor den ägyptischen Konsulaten und teils Demos für Ahmed Said statt. Ahmed ist einer von über 40.000 Gefangenen, die seit dem Sturz des gewählten Präsidenten Mursi durch das Militär unter Führung von General Sisi hinter Gittern gelandet sind.

Verbote von Schwangerschaftsabbrüchen und §218 abschaffen! Ein Schwangerschaftsabbruch ist keine Straftat, sondern Menschenrecht!

Wer einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen will, soll dies unter den besten Bedingungen tun können!

Wer nicht will, soll nicht dazu gedrängt oder gezwungen werden. Wer sich für ein Kind entscheidet, muss bestmöglich unterstützt werden!

Die Bedingungen, die dazu führen, sich für oder gegen ein Kind mit oder ohne Behinderungen zu entscheiden, müssen Gegenstand öffentlicher Diskussionen werden.

Für eine sinnvolle Aufklärung zu Sexualität und Verhütung! Für die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln inklusive der Pille danach!

Für einen guten Zugang zu parteilicher, ideologiefreier, qualifizierter Beratung und medizinischer Betreuung – für alle!

Mein Bauch gehört mir! Aborto Libre! Alerta Feminista!

* Wir wollen in dem Zusammenhang mit Schwangerschaft darauf aufmerksam machen, dass es verschiedene Menschen gibt, die schwanger werden können. Dies kann nicht nur Frauen* betreffen, sondern z.B. auch Trans*Männer, intergeschlechtliche Personen oder Menschen, die sich nicht in Geschlechtskategorien einordnen (lassen) möchten. Obwohl wir Geschlechterkategorien als Konstruktion erkennen, ist die Zweigeschlechtlichkeit mitsamt ihren „natürlichen“ Zuschreibungen eine gesellschaftliche Realität, mit der wir immer wieder konfrontiert sind. Aus diesem Grund verwenden wir zwar die Bezeichnung „Frauen“, markieren diese aber mit einem Stern.

(i) vgl. Jennifer Stange: „Evangelikale in Sachsen“, Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, 2014 http://www.weiterdenken.de/sites/default/files/evangelikale_download_2014-08-19.pdf

(ii) vgl. Aufruf der Volksinitiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“: Nein! <http://www.svss-uspda.ch/abtreibungsfinanzierung.htm>

(iii) vgl. WHO: „Unsafe abortion – Global and regional estimates of the incidence of unsafe abortion and associated mortality in 2008“, whqlibdoc.who.int/publications/2011/9789241501118_eng.pdf S.28

** Es ist uns bewusst, dass es ganz unterschiedliche Grade und Formen von Behinderungen gibt und damit auch unterschiedliche Probleme einhergehen. Wir sprechen hier dennoch von der Gruppen „Menschen mit Behinderung“ um strukturelle Problemlagen einfacher aufzeigen zu können.

massiv ausgegrenzt und fallen aufgrund der kapitalistischen Verwertungslogik aus vielen Bereichen gesellschaftlicher Teilhabe heraus. Statt als aktive Mitglieder der Gesellschaft werden sie vor allem als Belastung wahrgenommen. Diese Zustände prangern wir an. Ebenso kritisieren wir die mangelhafte Unterstützung und Beratung von Schwangeren und Eltern, die möglicherweise ein Kind mit Behinderungen erwarten. Eine Gesellschaft, die die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verhindert, gehört bekämpft. Menschen die sich diesen Hürden widersetzen und sich für Kinder mit Behinderungen entscheiden, verdienen unsere Unterstützung.

Zurück oder nach vorn

Das bürgerliche Ideal der Kleinfamilie als „Keimzelle der Gesellschaft“ entstand mit dem Aufkommen des Kapitalismus. Seitdem ist es einem stetigen Wandel unterworfen, auch dank feministischer Bewegungen. Heute bröckelt dieses Ideal erheblich, denn wie in der Wirtschaft werden auch im familiären Bereich überkommene, ineffizient gewordene Formen des Zusammenlebens über Bord geworfen. Teilweise gelingt es emanzipatorischen Bestrebungen, dort anzuknüpfen und Freiräume zu erkämpfen, beispielsweise für „Regenbogenfamilien“.

Der neoliberale Umbau der Gesellschaft und die damit verknüpften individuellen Verunsicherungen führen allerdings auch zu dem Bedürfnis nach Halt und Orientierung. Eine Reaktion darauf sind chauvinistische, rückschrittliche Tendenzen: ein krampfhaftes Festhalten dessen, was im Grunde schon

verloren ist. Dies trifft auch auf die restriktive Zweigeschlechtlichkeit und daran geknüpfte Geschlechterrollen zu.

Hier kommen Religion und Ideologie ins Spiel und befeuern den Backlash. Dieser zeigt sich heute in Form von sexistischer Diskriminierung und sexualisierter Gewalt, Homo- und Trans*phobie, des Rückfalls in klare Geschlechterrollen im Privaten, des gewalttätigen Festhaltens an der Zweigeschlechterordnung bis hin zur Verstümmelung intergeschlechtlicher Menschen – und eben auch an dem Auftrieb für Abtreibungsgegner_innen wie denen in Annaberg-Buchholz.

Alles vorbei?

Auf keinen Fall. Wir werden weiter kämpfen wie wir schon immer gekämpft haben und wir werden unsere Erfolge feiern! Die Pille danach ist seit März 2015 rezeptfrei, in Apotheken, erhältlich. In Bayern musste ein Münchner Gesundheitsminister aufgrund seiner Mitgliedschaft in einem christlich-fundamentalistischen Verein sein Amt niederlegen. In Spanien wurde dank einer breiten sozialen Bewegung ein schon sicher geglaubtes, extrem restriktives Gesetz zu Schwangerschaftsabbrüchen gekippt. Der bundesweite Marsch für das Leben in Berlin wächst zwar an, war jedoch im vergangenen Jahr durch entschlossene und kreative Proteste kein Erfolg für die Abtreibungsgegner_innen. Lasst uns auch den Schweigemarsch in Annaberg-Buchholz zum Desaster machen!



Die Justizvollzugsanstalt (JVA) Untermaßfeld befindet sich in einem Wasserschloss an der Werra. Sie geht auf die Arbeits- und Zuchthausanstalt zurück, die dort 1813 eröffnet wurde. 357 Männer werden in ihr gefangen gehalten. Seit Sommer 2015 gibt es dort die Gefangenengewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO).

Am 22. Januar wird der Hambacher-Forst-Besetzer Fledermaus in der JVA Aachen eingeknastet, die Hambacher Aktivistin Joy wird in Düren in die Psychiatrie gesteckt. Joy wird am 5. Februar entlassen. Am 19. Februar wird auch Fledermaus freigelassen.

Am 1. Februar wird V im Hambacher Forst festgenommen und in den JVAS Aachen und Braunschweig festgehalten. Am 13. Februar wird er entlassen.

21. Februar Hungerstreik von fünf Abschiebehäftlingen in der JVA Mühlendorf. Einige Tage später bricht im Abschiebetrakt ein Brand aus. Vermutlich haben die Hungerstreikenden ihn zwecks Verhinderung ihrer Deportation gelegt.

Am 22. Februar wird Sara von der LAUtonomia-Besetzung gegen den Kohleabbau in der Lausitz verhaftet und in die JVA Lukau-Duben gesteckt. Sie kriegt zwei Monate wegen Diebstahls.

Am 1. März sollte der Hungerstreik vom Dezember 2015 in der JVA Butzbach fortgesetzt werden. Am 10. März kommt raus, dass der Sprecher der GG/BO in Butzbach, Jürgen Rößner, zum 1. März nach Darmstadt verlegt wurde.

Am 22. März wird der Hambacher-Forst-Besetzer Humba beim Prozess der LAUtonomia-Aktivistin in Cottbus festgenommen und in die JVA Wriezen gesteckt. Er soll die Tage nach Aachen verlegt werden.

Der Prozess gegen Valentin geht weiter. Am 22. März fand der siebte Prozesstag statt. Antifa-Ultra Valentin aus Bremen befindet sich mit kurzer Pause seit dem 1. Juli 2015 in U-Haft. Er soll an Auseinandersetzungen mit Nazi-Hools beteiligt gewesen sein. Mehr Infos und Updates: valentin.blogspot.de

Infos aus Knästen weltweit

Am 10. Januar beginnen die GG/BO-Mitglieder Georg Huß und Oliver Riepan in der JA Graz-Karlau einen Hungerstreik. Georg Huß näht sich den Mund zu. In Reaktion auf ihren Kampf und das breite Medienecho entlässt der österreichische Staat den BRD-Bürger Huß zum 1. März, zwei Jahre vor seinem eigentlichen Haftende, weist ihn in die BRD aus und erteilt ihm ein 10jähriges Aufenthaltsverbot für Österreich. Oliver Riepan führt den Hungerstreik mindestens bis zum 12. März, also zwei (!) Monate, fort.

Fünf Mailänder Genoss_innen sind im Januar zu insgesamt 13 Jahren Haft verurteilt wurden. Grund dafür ist ihre Beteiligung an ein paar Riots anlässlich der Gelmini-Reformen zur Neoliberalisierung des Bildungssystems im Oktober 2010. Tutti liberi-Tutte libere!

Am 25. Januar werden Ella Gilbert und 12 andere Aktivist_innen von den Heathrow 13 in London aufgrund ihres Kampfs gegen die Ausweitung des Heathrow Airports zu Haftstrafen verurteilt.

Am 6.2. wird der anarchistische Gefangene Panagiotis Aspiotis in Knast von Korydallos von Bullen brutal zusammengeschlagen. Er hatte sich gegen eine gewaltsame DNS-Abnahme geweigert.

Seit 22.2. beginnt sich der türkische vegan-anarchistische Gefangene Osman Evcan wieder im Hungerstreik. Es ist sein mittlerweile fünfter Hungerstreik. Er war wieder einmal verlegt worden und kämpft für vegane Ernährung und andere Rechte.

21.3. Astand der gefangenen Frauen im größten Knast Afghanistans, in Puli-Charhi (Kabul) gegen die schlechten Haftbedingungen. Sie stecken einige Gebäude in Brand und nehmen eine Geisel.

einem gesellschaftlichen Kontext und es wird von verschiedenen Seiten versucht, diesen Kontext zu beeinflussen.

Zum einen spielen hier ökonomische Rahmenbedingungen eine Rolle. So ist die Familienpolitik des Staates darauf ausgelegt, den Kinderwunsch in bestimmten Bevölkerungsschichten durch Begünstigungen wie Elterngeld und Elternzeitgesetze zu fördern. Ärmere Bevölkerungsschichten, wie Erwerbslose, Geflüchtete sowie Illegalisierte profitieren von diesen Begünstigungen jedoch nicht. Hinzu kommt, dass mit Schwangerschaft auch eine Angst um finanzielle Sicherheit verbunden sein kann. So bedeutet Schwangerschaft immer noch ein Risiko für die Arbeitsstelle. Vor allem für Alleinerziehende bedeutet es häufig, am Rande der Armut zu stehen. Somit ist oft nicht der individuelle Kinderwunsch ausschlaggebend, sondern damit verbundene soziale oder ökonomische Bedingungen.

Zum anderen gibt es eine rassistisch und nationalistisch aufgeladene Diskussion darüber, wer in Deutschland Kinder bekommen sollte. Rassist_innen wie Sarrazin, Politiker_innen aus der AfD und auch religiöse Fundamentalis_innen sehen die weiße, christliche Kleinfamilie mit mindestens zwei Kindern als Grundlage der Nation an. Diese wollen sie bewahren und unterstützen, andere Lebenskonzepte wie zum Beispiel homosexuelle Partnerschaften oder kinderlose Beziehungen werden abgewertet. Migrant_innen und Schwarze Deutsche werden dabei besonders diskriminiert, da sie

nicht in das reaktionäre Weltbild passen, ihre Kinder gelten manchen gar als Bedrohung der „deutschen Identität“.

Somit ist die Entscheidung über die eigene Schwangerschaft also nicht frei und komplett selbstbestimmt. Sie wird beeinflusst von ökonomischem und sozialem Druck der Gesellschaft. Diese Aspekte zu vernachlässigen und die Entscheidungen für oder gegen Kinder als eine rein persönliche Entscheidung der Eltern zu betrachten bedeutet auch, die Unterdrückungsmechanismen als ein individuelles Problem der Eltern zu sehen. Dabei handelt es sich aber um gesellschaftlich strukturelle Probleme und diese gehören als solche bekämpft!

Schwangerschaftsabbruch und Selektion von Menschen mit Behinderungen**

Ein häufig genanntes Argument von Lebensschützer_innen ist, dass durch den freien Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen in Kombination mit immer besseren Untersuchungsmöglichkeiten von Embryonen, Kinder mit Behinderungen nicht mehr zur Welt kommen würden und ihnen dadurch das Recht auf Leben abgesprochen wird. Wir halten eine Verlagerung der Debatte – weg von der individuellen, hin zur strukturellen Ebene – für notwendig: Die „Rechte für Menschen mit Behinderung“ und das „Recht auf Selbstbestimmung“ dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden!

Die Situation für Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft ist katastrophal. Sie werden

durch die Krankenkassen übernommen. Eine Abtreibung nach den zwölf Wochen ist nur bei „hoher Gefahr für die physische oder psychische Gesundheit“ der schwangeren Person erlaubt.

Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch weltweit

Die Situation weltweit ist sehr unterschiedlich. Einige Länder haben den Schwangerschaftsabbruch komplett aus dem Strafgesetzbuch gestrichen, andere verbieten Abbrüche ohne Ausnahmen. Interessant dabei ist, dass die Gesetzgebung kaum einen Einfluss auf die Zahl der Abbrüche hat.

Zum einen stieg so die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche nach Gesetzeslockerungen kaum an, wie es sich beispielsweise in den Niederlanden zeigt: Die Niederlande haben eines der liberalsten Gesetze und gleichzeitig eine der geringsten Abbruchquoten.

Zum anderen geht die Weltgesundheitsorganisation (WHO) davon aus, dass knapp die Hälfte aller durchgeführten Schwangerschaftsabbrüche gegen die gesetzlichen Bestimmungen der jeweiligen Länder verstoßen – und dies mit teilweise verheerenden Folgen.(ii)

Die tödlichen Folgen der Kriminalisierung

Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen führt dazu, dass Schwangere illegale Abbrüche vornehmen (lassen). Dies geschieht oft fernab von guten hygienischen und medizinischen Möglichkeiten. Nur wenige können sich die Reise in Länder mit fortschrittlicheren Regelungen leisten, um

dann dort unter sicheren Bedingungen den Eingriff vornehmen zu lassen. Durch die mangelhafte hygienische und medizinische Betreuung kommt es immer wieder zu Komplikationen, welche bis zum Tod der Betroffenen führen. Infolge dessen sterben nach Erhebungen der Weltgesundheitsorganisation jährlich 47.000 Menschen.(iii)

Ebenfalls schlimm steht es um die (Be-)Handlungsmöglichkeiten von geflüchteten und illegalisierten schwangeren Personen. Bereits gemeldete Personen müssen sich jede ärztliche Behandlung im Vorfeld von den jeweiligen staatlichen Bearbeiter_innen genehmigen lassen. Illegalisierte Geflüchtete haben nicht das Recht, Ärzt_innen aufzusuchen, und diese sind angehalten, illegalisierte Personen zu melden. Einzige Ausnahme sind direkt lebenserhaltende Maßnahmen, über deren Notwendigkeit allerdings allein die Ärzt_innen entscheiden. Für nicht gemeldete Personen kann jeder Ärzt_innenbesuch in letzter Konsequenz bedeuten, abgeschoben zu werden.

Warum wir im Kapitalismus von „Selbstbestimmung“ und nicht von Selbstbestimmung sprechen

Wir reden viel von der Selbstbestimmung von Menschen, die schwanger werden können. Dabei müssen wir uns jedoch dessen bewusst sein, dass diese Selbstbestimmung stark eingeschränkt ist. Sicherlich hat in Deutschland fast jede Person mit deutschem Pass die Möglichkeit, in den genannten Grenzen selbst zu entscheiden ob sie ein Kind austragen will oder eben nicht. Das begrüßen wir. Doch steht diese Entscheidung in

Bericht von den Aktionen gegen die AfD-Demo vom 20. Januar

(von Anarch@-Antifas)

Im Januar mussten wir der Afd zwei mal die Stirn bieten. Was es bedeuten kann, sich Faschisten in den Weg zu stellen, bekamen wir am 13. Januar nach der Demo in Erfurt zu spüren. Unsere antifaschistische Gruppe aus Jena wurde am Erfurter Bahnhof von Nazi-Hools angegriffen. Trotz vieler Fehler gelang es, den Angriff einigermaßen abzuwehren. Eine gebrochene Nase und mehrere kleinere Verletzungen mussten dennoch eingesteckt werden. Die Polizei verschwand kurz vor dem Angriff von der Bildfläche und tauchte typischerweise erst danach wieder auf, um die Personalien der Verletzten aufzunehmen.

Eine Woche später, am 20. Januar, wollte die Afd nun zum ersten Mal auch in Jena laufen. Die rund 750 Rechten konnten jedoch aufgrund breiter Gegenproteste von 2000 bis 2500 Menschen den Marktplatz nicht verlassen. Die Demo wurde durch verschiedene Blockaden verhindert. Das mag als Erfolg gelten. Dennoch gibt es aus unserer Sicht Einiges zu kritisieren.

Das "Jenaer Aktionsbündnis gegen Rechts" um die autoritäre Junge Gemeinde (JG), in dem sich so ziemlich alles aus Regierungslinken und Zivilgesellschaft traf, warb mit dem offenem Lokalpatriotismus des anständigen Deutschland und behauptete im Mobi-Text "die Zuschreibung 'Bunt, Tolerant und Weltoffen' [ist] für unsere Stadt mehr als eine Image-Kampagne." Kein Wort davon, dass es auch in Jena Fascho-Terror gibt und dass

Geflüchtete auch hier von staatlichen Behörden zynisch verwaltet, in Lager gesteckt und abgeschoben werden.

Außerdem ist die Zuschreibung "Bunt, Tolerant und Weltoffen" für die Stadt eben doch nur eine Image-Kampagne. Jenas Oberbürgermeister Schröter (SPD) machte das in einem Interview mit dem MDR klar. Er wolle in erster Linie verhindern, dass ausländische Wissenschaftler_innen und Tourist_innen der Stadt fern bleiben. Ganz offene kapitalistische Standortpolitik. Sexismus, Rassismus und faschistoide Retorik stellen sich für ihn nur als Problem, wenn sie die Wirtschaftskraft seiner Boom-Town beeinträchtigen. Gut, bei der SPD mag das keinen mehr überraschen. Doch von der Linkspartei erwarten viel zu Viele immer noch mehr und das, obwohl sie keinen Deut besser ist. Die Erhöhung des jährlichen Abschiebeetats von 750.000€ 2015 auf 5 Millionen € im Jahr 2016 sowie die Durchführung von Winterabschiebungen trotz Möglichkeit eines Winterabschiebestopps sprechen Bände. Angesichts dessen ist es schon ziemlich dreist von der Linkspartei, die Stadt zum 20. Januar mit "Refugees Welcome"-Plakaten zuzumüllen. Der hier betriebene Antifaschismus ist nicht viel mehr als eine Inszenierung, die die regierende Linke braucht, um weiter als bewegungsnahe, antifaschistische Kraft gesehen zu werden. Auf eine solche Doppelmoral können wir gut und gerne verzichten.

Trotz alledem war es die Massenmobilisierung der antifaschistischen Volksfront von Staatsantifa bis SPD und Kirche, die das Gelingen der Blockaden ermöglichte. Das heißt aber nicht, dass es verschiedenen autonomen Strukturen nicht gelang, eigene Zeichen zu setzen. Als Ausgangspunkt hierfür dienten verschiedene Kundgebungen, von wo aus tatkräftige Interventionen und Blockaden durchgeführt wurden. Die Rechten wurden durch eine Vielfalt an Taktiken in ihre Schranken verwiesen: feministische Graffitis auf der geplanten Demoroute, ein Durchbruch mit Blockadeversuch, der nur durch massive Gewalt von Seiten der Polizei verhindert werden konnte, Selbstschutz durch militante Gruppen, auf die man sich verlassen kann (anders als bei den Bullen), und einies auf die Mütze für unvorsichtige AfD-Sympathisanten.

Alles in allem (k)ein Grund zur Freude. Einige Aktionen hatten Erfolg, andere nicht. Als radikale Linke und Antiautoritäre waren wir sicher nicht ausschlaggebend, haben aber dennoch eigene Akzente gesetzt. Wie immer gibt es viel zu tun. So zeigen die polizeiliche Durchsetzung der Kundgebung vom 20. Januar sowie des Ablaufens der gesamten Demostrecke am 9. März - unter anderem unterstützt durch die CDU - dass wir es mit einer neuen politischen Situation in Jena zu tun haben: Die Bullen richten während der Dauer der Demos im Stadtzentrum wie selbstverständlich einen Ausnahmezustand ein, das politische Spektrum verschiebt sich nach rechts, die Rechten und Faschos mobilisieren sich. Die ruhigen Jahre

sind nun auch in Jena vorbei und der rechte Sumpf fasst Fuß. Die AfD wird wohl in Jena weiter um (anti)deutschen Boden kämpfen und in ihrem Windschatten marschieren die Neonazis.

Der 20. April wird uns auf die nächste Probe stellen. Die derzeitige Situation erfordert eine Vielfalt antifaschistischer Aktionsformen: von den militanten Gruppen bis zur offenen Basisgruppe müssen wir zusammenarbeiten, um den Faschos Einhalt zu gebieten. Eine engere Vernetzung und bessere Zusammenarbeit innerhalb der linksradikalen und antiautoritären Szene ist dafür unbedingt erforderlich. Die Stärkung der eigenen Strukturen und derer der Geflüchteten sind notwendig, wenn wir wirklich was reißen möchten und nicht die radikalen Schoßhündchen von Linkspartei und JG spielen wollen. Letzten Endes dürfen wir aber nicht vergessen, dass der antifaschistische Abwehrkampf als Teil einer breiteren linksradikalen, antiautoritären und anarchistischen Bewegung verstanden werden muss. Ist das nicht der Fall, verteidigen wir also nicht unsere Kämpfe gegen diese Ordnung, dann werden wir zu nichts mehr als zu Verfassungsschützer_innen mit straßentauglichem Outfit. Die Verknüpfung von Antifa-Politik mit anderen sozialen Kämpfen und der sozialen Frage stellt sich hier als Herausforderung, die wir angehen sollten.

Evangelikaler, die durch eine wortgetreue Bibelauslegung, den Glauben an den strafenden Gott, aggressive Missionsarbeit, ihre Klagen über die Zerstörung der traditionellen Familie und ihre Äußerungen gegen Homosexualität von sich reden machen.(i)

Das Kreuz mit dem Kreuz

Über die starke Einflussnahme kirchlicher Einrichtungen im Erzgebirge hinaus bestehen auch Verbindungen in die Politik. Die „Christdemokraten für das Leben“ (CDL), Organisator_innen des Schweigemarsches, verfügen in Sachsen bereits seit 1990 über einen eigenen Landesverband innerhalb der CDU. Steffen Flath – ehemaliger CDU-Fraktionsvorsitzender im sächsischen Landtag und prominenter Unterstützer des Schweigemarsches – beteiligt sich seit Jahren mit Redebeiträgen, in denen er das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen fordert. Erklärtes Ziel der CDL ist es, ihren Einfluss in der CDU zu nutzen, um Schwangerschaftsabbrüche nicht nur in Deutschland, sondern weltweit zu kriminalisieren. Die Versuche der christlichen Fundamentalist_innen, auf politische Entscheidungen einzuwirken, haben sich z.B. 2006 im Vorstoß der Gesundheitsminister_innen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen niedergeschlagen, die Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen einzuschränken. Mit diesem Anliegen scheiterten sie damals zwar, aber mit weiteren Angriffen auf die Möglichkeiten eines Schwangerschaftsabbruches muss gerechnet werden. Auch auf europäischer Ebene zeigt sich ihr Einfluss. So hat das europäische Parlament mehr-

fach einen Bericht („Estrela-Bericht“) zurückgewiesen, der auf die Lage von sexuellen und reproduktiven Rechten aufmerksam machen wollte und für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in Europa appelliert.

Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in Deutschland

In Deutschland sind die Missstände größer als viele denken. Feminist_innen kämpfen seit jeher gegen den heute immer noch bestehenden §218 des Strafgesetzbuchs. Dieser stellt seit 1871 Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland unter Strafe.

In der DDR wurde 1972 erstmals der Schwangerschaftsabbruch in den ersten 12 Wochen entkriminalisiert. Zu dieser Zeit war es das fortschrittlichste Abtreibungsgesetz der Welt. Im Gegensatz zur BRD, wo erst 1995 die heute gültige Fristenregelung in Kraft trat.

Das bis heute geltende Gesetz sieht einen Schwangerschaftsabbruch weiterhin als Straftat, die nur unter folgenden Umständen nicht verfolgt wird: Ein Abbruch kann innerhalb der ersten 12 Wochen durchgeführt werden, wenn die schwangere Person zuvor eine staatlich anerkannte Beratung in Anspruch genommen hat. In vielen, vor allem ländlichen Gebieten, wird die erwungene Beratung nur durch kirchliche Einrichtungen angeboten und die schwangere Person oft unter Druck gesetzt, sich für die Fortführung der Schwangerschaft zu entscheiden. Hinzu kommt eine dreitägige Wartezeit und die Kosten für diesen medizinischen Eingriff werden nur unter bestimmten Voraussetzungen

Am 6. Juni werden die christlichen Fundamentalist_innen der "Christdemokraten für das Leben" (CDL) im sächsischen Annaberg-Buchholz ihren 7. "Schweigemarsch für das Leben" durchführen. Feminist_innen und Antifas aus Leipzig und Dresden werden sich dem entgegenstellen. Um die Überlegungen zu einer Beteiligung aus Jena zu unterstützen, drucken wir im folgenden den Aufruf von 2015 ab. Er wurde vom Bündnis Pro Choice Sachsen - siehe schweigemarsch-stoppen.de - verfasst, an dem u.a. die autonome feministische Gruppe e*vibes aus Dresden teilnimmt (aber auch die weniger autonomen IL Leipzig und Linksjugend Dresden...).



Für unbefleckte Abtreibung

Mein Körper gehört weder Kirche noch Staat - Weg mit §218!

Gegen den Schweigemarsch der Fundamentalist_innen am 1. Juni in Annaberg-Buchholz

Für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch*!

Was Feminist_innen erkämpft haben, stellen christliche Fundamentalist_innen seit jeher in Frage: Das Selbstbestimmungsrecht von schwangeren Menschen. In Deutschland versammeln sich Gegner_innen von Schwangerschaftsabbrüchen seit einigen Jahren zu so genannten „Märschen für das Leben“. Diese finden unter anderem in Münster, Berlin und Annaberg-Buchholz statt Während die Aufmärsche in Münster und Berlin nicht ohne Proteste von Feminist_innen ablaufen konnten, blieb der Annaberg-Buchholzer Schweigemarsch in den fünf Jahren seines

Bestehens überwiegend unwidersprochen. Bis vergangenes Jahr eine kleine Gruppe von Leuten versuchte, mit eigenen Inhalten den Marsch zu begleiten. Wir haben damals versprochen „Uns ist kein Weg zu weit, wir kommen wieder nach Annaberg-Buchholz!“

Annaberg-Buchholz liegt im Erzgebirge im Südwesten Sachsens. In der Region hat sich selbst in der atheistischen DDR eine starke christliche Prägung erhalten. Diese war offenbar beste Voraussetzung für das Erstarken streng konservativer Christ_innen, sogenannter



Medienguerilla-Aktion in Erfurt zum 13. Januar 2016.

Rechte Aktivitäten erfassen und dokumentieren!

(von Anarch@ 161)

Dieser kurze Artikel ist als ein Aufruf, für manche vielleicht auch als ein Weckruf zu verstehen. Es soll darum gehen, wie in den letzten Jahren und insbesondere im letzten Jahr durch das Erstarken der Rechten eine ziemlich bedrohliche Situation eingetreten ist. Standpunkt des kurzen Beitrages ist es, dass „wir“ hier in Jena dem derzeit nicht gewachsen sind, die Situation unterschätzen und unsere Feinde, also Nazis und Rassisten, nicht gut genug kennen. Es darf auf die folgenden Ausführungen gerne eingegangen werden und bei dem ein oder anderen Getränk sollte darüber diskutiert werden.

Bei Allem was wir hier rund um unseren „Kleinstadtanarchismus“ machen und dabei ja in letzter Zeit auch einige Aktionen gingen, was sehr erfreulich ist, dürfen wir nicht vergessen, rechte Aktivitäten zu überblicken und zu dokumentieren. Richtig, meine Aufzählung beginnt mit Überblicken und Dokumentieren, statt im Szenejargon pathetisch von „Nazis Klatschen“ zu reden. Natürlich steht letzterem auch nichts entgegen, bin ich doch der Überzeugung, dass ein paar Schellen mehr helfen, um die letzten Freiheiten zu erhalten, als die zehnte Menschenkette oder argumentative Arbeit. Leider hat sich der öffentliche Diskurs, wie auch schon im Nachtrag zur AFD Demo anklang, stark nach rechts verschoben. Dadurch öffneten sich auch Spielräume für aggressive Nazis. Spätestens seit der Fußball-Männer-WM 2014 ist auch in Jena

wieder verstärkte Naziaktivität wahrzunehmen. Mit dem größeren Ankommen von Geflüchteten in der BRD und dem damit einhergehenden Entstehen und Erstarken von rechten Bewegungen wie PEGIDA und seinen Ablegern sowie zahlreichen anderen rassistischen, asylfeindlichen Netzwerken gingen nicht nur die Zahlen rechter Demos hoch, sondern auch die der Übergriffe. Neonazis und solche, die auf dem besten Wege dahin sind, welche zu werden - „besorgte Bürger“ - bewaffnen sich derweil mit Schreckschusspistolen und Pfefferspray, aus Angst vor den „Fremden“. Der Staat tut natürlich nichts dagegen. Als bekannt wurde, dass viele bekannte, weil schon verurteilte, Neonazis Waffenscheine und Waffen besitzen, wurde nicht etwa versucht, denen diese wegzunehmen, sondern zugeschaut bis es knallt. Dann werden die Ziele der Neonazi-Angriffe wie Geflüchtete, Antifas, Nicht-„Biodeutsch“-Aussehende oder einfach alternative Jugendliche nicht mehr nur gegen den Kopf getreten sondern direkt von Kugeln getroffen oder abgeschreckt, wie wir das leider die letzten Monate schon an zahlreichen Flüchtlingsunterkünften oder vergangenen Monat in Limbach-Oberfrohna (bei Chemnitz) an einem linken Hausprojekt erleben durften.

Primäre Aufgabe, um hier vor Ort dagegen handlungsfähig zu werden, sollte sein, wieder eine Einsicht in die ganzen Naziaktivitäten zu bekommen. Das gestaltet

ersten Aktion in Weimar: Dort haben wir mehrfach „Nationalismus raus aus den Köpfen!“ in Form eines Shouting-Breaks gerufen. Danach kam ein älteres Ehepaar auf uns zu und fragte, warum wir denn dies rufen und nicht „Nationalsozialismus raus aus den Köpfen“, denn das sei doch das eigentliche Problem und was wir denn gegen Nationalismus hätten. Mit den Leuten sind wir dann ein bisschen in die Diskussion gekommen. Da haben wir schon gemerkt, dass wir zwar teilweise anecken, aber durch unser Auftreten auch über die linksradikale Szene hinaus zum Nachdenken anregen können.

Z: Ich finde es spannend, dass denselben Spruch auch verummte, schwarz gekleidete Blöcke rufen. Da wird sich von außen aber gar nicht getraut über-

haupt mal nachzufragen, was das denn eigentlich für ein Spruch sei und warum man den ruft. Da ist die Hemmschwelle bei uns nachzufragen, warum wir das denn überhaupt machen, für Menschen, die so eine Demo nur beobachten, geringer. Man kann also mit demselben Inhalt Menschen noch einmal anders erreichen.

K: Wofür wir - teilweise auch aus eigener Erfahrung - Verständnis haben, ist der Unmut, wenn sich eine Sambagruppe in die aktionistischen ersten Reihen mischt und durch ihre Lautstärke gewissermaßen bestimmt, was die Demonstrierenden wann zu rufen hätten. Da müssen wir sensibel auf unser Umfeld achten und schauen, wo wir hingehören.

Der zweite Teil des Interviews folgt in der nächsten Ausgabe des AIB.

hat sich aber in jedem Fall mittlerweile geändert. Das hängt für mich damit zusammen, dass ich uns als eine Politgruppe sehe, die sich aufeinander bezieht und zusammen Dinge macht.

K: Für mich hatte die Gruppe von Anfang an eine hohe Priorität, da ich mich auch mit diesem Aktionskonzept sehr gut identifizieren kann.

AIB: Das leitet dann auch gleich zur Frage über, was denn genau politisch ist an eurer Gruppe.

Z: Politisch ist einmal die Art und Weise der Organisierung, also der Versuch ohne Chef*in zu arbeiten. Außerdem spielen wir nicht auf irgendwelchen Stadtfesten zur Unterhaltung. Wir wollen dort spielen, wo wir auch unsere Ansichten und Meinungen, die ich schon als linksradikal bezeichnen würde, rüberbringen können. Außerdem sind wir Teil eines internationalen Netzwerks, deren Gruppen sich alle aufeinander beziehen und auch zusammen spielen können. Ich kann also auch in jede andere Stadt fahren und dort mit den Gruppen zusammen spielen, ohne dass es große Barrieren gibt.

K: Eine RoR-Band versteht sich als Teil der „Pink-und-Silber-Strategie“, die viel mit taktischer Frivolität und Gender-Thematiken arbeitet. Auch wenn wir also auf einer Demo gegen Rechts spielen, vermitteln wir durch unsere Darstellung automatisch eine Sexismus-kritische Haltung, denn wir sind pink gekeidet, männlich wahrgenommen Personen tragen Röcke, Perücken oder Feenflügel, während sich weiblich wahrgenommene Personen beispielsweise einen Schnurrbart ankleben.

Z: Außerdem versteht sich RoR als Teil von anderen linksradikalen Aktionskonzepten. Wir distanzieren uns zum Beispiel nicht vom „Schwarzen Block“, sagen also nicht: Wir machen das und die machen was anderes...

K:...sondern wir sehen uns als eine mögliche Aktionsform unter vielen. Wir legen auch großen Wert darauf, den häufigen Vorwurf der Entpolitisierung zu entkräften, indem wir viel mit sogenannten Shouting Breaks arbeiten. Das heißt, wir bauen einschlägige, oft radikale Parolen in unsere Rhythmen ein und können dadurch auch stille Teile der Demo animieren.

AIB: Sind diese politischen Dimensionen eurer Gruppe auch Thema in eurem direkten Umfeld, in Gesprächen mit Bekannten oder Freund*innen?

Z: Also in meinem nicht, außer halt mit den Leuten, mit denen ich in der Band bin. Ansonsten rede ich wenig mit Leuten darüber und werde auch wenig darauf angesprochen.

K: Ich kann dazu auch nicht viel sagen, gerade weil wir bisher vorrangig intern als Gruppe aktiv waren. Wir sind einfach noch nicht präsent genug gewesen.

AIB: Und wie sieht es mit Feedback für Aktionen aus? Währenddessen und danach?

K: Das Feedback, das direkt an uns gerichtet wurde, war hauptsächlich positiv. Aus den Erfahrungen mit meiner anderen Samba-Gruppe kann ich sagen, dass die Leute zu großen Teilen froh und dankbar sind, wenn es eine lautstarke Trommelgruppe auf einer Demo gibt. Wir können auch eine kleine Anekdote erzählen von unserer

sich aufgrund der Menge an Aktionen von Rechts und der fehlenden Koordination in der linken Szene gerade als eher schwierige Aufgabe, wenn sie denn überhaupt erst mal als Aufgabe erkannt und angegangen wird. Es gibt für Thüringen diverse Rechercheseiten, wo über Naziaktionen berichtet wird. Diese reichen von autonomen Antifarecherchen (1) bis hin zu eher institutionalisierten Berichten und Aufzählungen wie von Ezra (2) oder Mobit (3). Bei regelmäßigem Abchecken der Seiten staunt man nicht schlecht, was so alles bei den Nazis (und hier werden ja meist nur die Aktionen der radikaleren Leute beobachtet) geht und wie diese teilweise weite Freiheiten genießen können. Wer wusste von euch, dass Nazis aus Thüringen zu einem Hammerskinskonzert nach Italien eine Busreise offen planten und offenbar ohne Probleme durchführten? (4) So schön diese Rechercheseiten sind, leider leben wir in tiefer Provinz mit zu vielen rassistischen Arschlöchern, wo wir wahrlich nicht flächendeckend vertreten sind. Wer Freunde aus Pößneck, Apolda oder anderen Käffern hat, dem wird es beim Erzählen der dortigen Zustände schon mulmig, zumindest geht es mir so oder ist es mittlerweile normal, dass an einem viel befahrenem Kreisverkehr Glatzen stehen und mit erhobenen rechten Arm schreien „Die Neger müssen weg“? Oder dass eine Schulklasse, wo bekannt ist, dass viele Nazis dabei sind, diese in einer Gedenkstätte Hitlergrüße zeigen und einfach mal nichts passiert an Konsequenzen, sondern die wenigen Leute, die das ansprechen, zum Wegsehen ermutigt werden?

Genug des kurzen Blickes auf die beschissene Gesamtsituation. Wie schauts hier in Jena aus? Auch hier hört mensch immer öfter von diversen Vorfällen, v.a. Pöbeleien in der Straßenbahn oder auf der Straße, von diversen Nazitreffpunkten und Angsträumen. Leider wissen die Leute oft nicht, wo sie das melden können. Und in der Tat gibt es dafür gerade keine „Anlaufstelle“ in Jena. Die Chronik der ATF Jena wurde schon lange nicht mehr gepflegt und das wird auch nicht mehr passieren. (5) Das bleibt also eine offene Baustelle für uns alle. Ein Überblick über Aktivitäten in Jena soll und kann hier nicht gegeben werden (wobei ein großer Überblick sicher mal wieder interessant wäre...). Das wir in „unserem“ ach so internationalen Jena, mittlerweile auch wieder eine bedrohliche Situation haben, sollen mal ein paar Beispiele zeigen.

Die Jenaer Nachrichten berichteten am 21.1.2016, dass ein irakischer Asylbewerber mitten in der Innenstadt von Nazis angequatscht und mit einem Messer in die Hand gestochen wurde. (6) Der Geschädigte war offensichtlich so traumatisiert, dass er den Vorfall erst viele Tage später meldete oder andere das für ihn taten. Dramatisch ist, dass in der linken „Szene“ über diesen Vorfall kaum was bekannt war und ist. Am 13.1.2015 wurden vor der Geflüchtetenunterkunft in Winzerla (Turnhalle) zwei Flüchtlinge von Nazis mit Teleskopschlagstöcken ins Gesicht geschlagen. (7) Vorher gab es nachts immer wieder Besuche der Nazis. Für die ATF kam der Überfall nicht überraschend, haben sich doch in

Winzerla und Lobeda verstärkt junge Nazis etabliert und Netzwerke aufgebaut (8). Vorfälle wie der vom letzten Sommer, als indische Studierende von Nazis brutal, unter dem Zeigen des Hitlergrußes, angegriffen wurden, was damals viele geschockt hat, scheinen also in Jena jetzt wieder öfters vorzukommen. Erst jetzt an Ostern wurde wieder ein „Ausländer“ im Paradiespark von drei Typen beschimpft und geschlagen. (9) Gegen die Täter vom Sommer 2015 begann im Februar übrigens der Prozess am Gericht in Jena. (10) Dabei zeigten sich viele Neonazis im Publikum und waren für die Opfer und die wenigen anwesenden Antifaschist*innen eine Drohkulisse und sie leisteten ihren rechten Kameraden Solidarität. Einer der drei Angeklagten legte ein Geständnis ab, mit dem Ziel, den Angriff als nicht „ausländerfeindlich“ abzustempeln. Der Prozess läuft unterdessen weiter und darf gern besucht werden. Ein etwas größerer Prozess gegen Nazis aus West- und Südthüringen läuft derzeit in Erfurt - nach dem brutalen Überfall auf eine Kirchengesellschaft im Februar 2014. Über diesen Prozess berichteten einige der oben aufgeführten Adressen und andere. (11)

Neben diesen Angriffen gab es natürlich auch eine Häufung an geistiger Brandstiftung. Da wäre zum einen das „Freie Netz Jena“ (FN Jena), welches vermehrt in Lobeda, Winzerla und Dörfern um Jena Material von der neuen Neonazipartei und Bewegung „Dritter Weg“ verteilt. Das hat meist die scheinbare „Flüchtlingskrise“ zum Thema, darin wird gegen alles Fremde gehetzt. Des weiteren

finden auch mehrere Aktionen von FN-Kadern statt. So ein Gedenken an die Bombardierung Jenas im März 1945, ein Osterfeuer (Ostara-fest) und mindestens zwei Kundgebungen in Bürgel (zw. Jena und Eisenberg). (12) Am zweiten April zogen in Kahla Neonazis mit Fackeln durch den Ort und hielten vor dem Haus einer Antifaschistin unter „Wir sind da Anti-Antifa“ und „Sieg Heil“ Rufen an. (13) Geistige Brandstiftung geschieht natürlich vor allem auch im Netz, so sind in vielen Facebookgruppen immer wieder Nazis aktiv. In Jena gab und gibt es welche unter Titeln wie „Nein zum Heim in Lobeda“ oder der Aufruf zur Gründung einer Bürgerwehr in Drackendorf. Schon allein die Stimmungsmache bei bestimmten Inhalten in der „Flohmarktgruppe“ lässt viele Rückschlüsse auf die Stimmung zu. Aktiv waren freilich auch die geistigen Brandstifter rund um die AFD und Burschenschaften, über die erste AFD-Demo/Kundgebung gab es hier eine Nachbetrachtung. Ein paar Tage später kam es zur Gründung eines Kreisverbandes in Jena. Es gibt mittlerweile eine Arztpraxis, wo die Wände mit AfD Artikeln behangen sind und die Patienten beim Behandeln mit AfD Parolen belästigt werden. Das dürfte kein Einzelfall sein und auch in anderen Gewerben vorkommen. Tiefere Einblicke in die Aktivitäten und vor allem in die Burschenschaftsszene gibt es derzeit aber offensichtlich nicht. (14) Und gerade dort sitzen wichtige Personen, bilden sich neu-rechte Denkfabriken und nicht zuletzt halten Burschis immer wieder auch Vorträge ab oder besuchen unsere Veranstaltungen. Spätestens im Sommer wenn es warm wird zeigen

Gruppenprozess gesprochen haben, wie wir mit Hierarchien in der Gruppe umgehen und uns kennengelernt haben und sich die Gruppe auch so konstituiert hat. K: Ja, viel mehr sind wir eigentlich auch noch nicht nach außen getreten. Das liegt auch am personellen Mangel, der gerade herrscht. Nach dem Sommer gab es eine hohe Fluktuation innerhalb der Gruppe, wodurch unsere Möglichkeiten zu spielen und in Aktion zu treten begrenzt waren. Mittlerweile haben wir einen festen Gruppenkern und legen jetzt quasi erst richtig los.

AIB: Was lief außerdem nicht so gut bisher?

K: Wir haben zu spät angefangen uns über das Proben hinaus zu organisieren, also in Form von Plena etc. Wir haben uns auch nicht ausreichend darum gekümmert, dass neue Leute zu uns kommen. Wir sind lange Zeit in unserem kleinen Kreis geblieben und haben dies nicht wirklich aktiv geändert.

Z: Was ich auch als problematisch gerade sehe, ist unsere Verbindlichkeit. Das fängt damit an, wie ich mich von Proben abmelde und wie wichtig ich festgesetzte Demotermine nehme. Dann muss ich plötzlich lernen, dass es auf jeden Fall unterschiedliche Prioritäten in der Gruppe gibt.

AIB: Und was lief gut?

K: Vor allem der Gründungsprozess, also die ersten Wochen; das ging echt total schnell und plötzlich hatten wir ein paar Instrumente und konnten loslegen, auch weil wir alle sehr ambitioniert waren. Wir haben es immerhin geschafft eine RoR-Band zu gründen (la-

chen).

Z: Ich habe das Gefühl, dass wir alle sehr achtsam miteinander umgehen und unsere Dynamik in der Gruppe eine sehr positive ist. Wir haben es bspw. geschafft - im Gegensatz zu vielen Gruppen - uns ohne Institutionalisierungen kennenzulernen. Wir sind ein Wochenende weggefahren und haben gemerkt, dass wir wirklich Interesse füreinander haben und wirklich wissen wollen, wer wir eigentlich sind hinter diesen Instrumenten. Das ist eben nicht nur ein reines „Wir treffen uns einmal in der Woche, spielen zwei Stunden und sind dann wieder weg“, sondern wir tauschten uns bspw. - ohne es zu planen - intensiv über unsere Politisierungsprozesse aus. Das finde ich nicht selbstverständlich für eine Gruppe, die sich gegründet hat, um gemeinsam auf Demos zu gehen.

K: Wir haben als Gruppe auch einfach sehr viel Spaß an der Sache. Wenn wir bei der Probe gut vorankommen und durch unsere Erfolgserlebnisse total beflügelt sind, kriegen wir die Rhythmen nicht mehr aus den Köpfen und können die nächste Probe kaum abwarten. Es ist schon ein sehr schönes Gefühl, gemeinsam etwas zu erarbeiten und es später dann auch auf die Straße zu tragen.

AIB: Ihr nanntet gerade schon das Stichwort Verbindlichkeit. Welchen Stellenwert hat die Gruppe im Verhältnis zu eurem sonstigen Aktivismus?

Z: Für mich hatte es am Anfang einen geringeren, weil es mir zunächst nur darum ging zur Probe gehen zu können, um mal meinen Kopf abzuschalten, indem ich einfach nur vor mich hin trommle. Das

Interview mit der Gruppe Rhythms of Resistance Jena

(vom Redaktionskollektiv)

Rhythms of Resistance ist ein internationales Netzwerk politischer Samba- und Trommelgruppen in Selbstorganisation. Als Inspiration dienten ihm die musikalischen Klänge und widerständigen Praxen der im lateinamerikanischen Karneval wirkenden „blocos afros“. Mit taktischer Frivolität bereichert RoR seit Anfang des Jahrtausends die zuweilen eingerostete Aktionskultur der radikalen Linken in Deutschland und Europa. Damit plädiert es für die Neubestimmung dessen, was als militant gilt. Zugleich wirft es die Frage auf, welche Formen eine radikale Kritik an Kapitalismus, Sexismus und Rassismus sowie der Kampf für soziale und ökologische Gerechtigkeit annehmen sollte, um über den eigenen Mikrokosmos hinauszuwirken. Wir sprachen mit zwei Aktivist*innen eines 2015 gegründeten lokalen Ablegers von RoR in Jena über Etappen, Aspekte und Probleme ihrer Selbstorganisation, sowie über die Wahrnehmung ihrer Aktionen in- und außerhalb der linksradikalen „Szene“.



AIB: Erzählt doch erstmal, warum ihr eine RoR-Gruppe gegründet habt.

K: Ich persönlich spiele schon seit 4-5 Jahren Samba in einer anderen Band, die zwar auch auf Demos geht, aber kein explizit politisches oder gar linksradikales Selbstverständnis hat und das hat mir dann einfach von der Aktionsbereitschaft her nicht mehr gereicht. Deswegen bin ich direkt aufgesprungen bei RoR, um Samba mit linksradikalem Anspruch und einem Fokus auf Aktionen zu spielen.

Z: Ich bin zu der Gruppe gekommen, weil ich gemerkt habe, dass ich Demos schon wichtig finde,

aber es super anstrengend fand als autonome Gruppe immer hin und her zu rennen ohne Konzept. Und das Konzept einer festen Bezugsgruppe von RoR mit einer Aufgabe für Demos hat mir gut gefallen.

AIB: Was waren die bisherigen „Meilensteine“ eurer Gruppe?

Z: Also für mich war es unsere erste Aktion in Weimar im Februar (2016), weil es das erste mal war, dass wir das, was wir geprobt haben, auch mal auf der Straße ausprobieren konnten. Und zum anderen unser gemeinsames Wegfahren über ein Wochenende, wo wir viel über den bisherigen

sie sich auch schon mal offen in ihrer Kluft bei Boots- und Floßfahrten auf der Saale.

Manche Person wird sich jetzt fragen, was das antifaschistische Zeug hier soll, handelt es sich doch um ein Anarchoblatt statt Antifazine? Tja Leute, ich kann euch sagen, von der Revolution träumen, ist schön, erste Schritte dahin tun wichtig und richtig. Aber dabei konsequent eine Hauptbedrohung, nämlich die der Nazis und RassistInnen, außen vor zu lassen oder darauf zu beschränken, dass Anarch@ der „linken Landesregierung“ ans Bein pissen will, wird uns früher oder später weit zurückwerfen. Es ist freilich löblich, wenn Leute versuchen, Antiabschiebeabündnisse aufzubauen und die Verantwortungen dafür den Schweinen in der Landesregierung mit gibt. Aber genauso wichtig ist es tragfähige Antifabündnisse aufzubauen, die über die eigene Stadt hinausgreifen mit dem Ziel, über Naziaktivitäten bescheid zu wissen und diese gezielt einzudämmen. Zu letzterem gehört natürlich auch eine zeitgemäße Analyse darüber, warum Leute von rechten Ideen angezogen werden, welche regionale Besonderheiten und Gedankengängen auch jenseits von „deutschem Charakter“ und „dem Problem Kapitalismus“ mit einbezieht. Daraus muss dann auch ein Angebot an die Leute von unserer Bewegung ausgehen, dem sie sich anschließen können. Die Basis dessen wird in unseren Kreisen ja des öfteren diskutiert, wenn ich nur an die Begriffe und Praktiken der Solidarität und Selbstverwaltung denke.

Um zum Schluss nochmal den

Standpunkt zu verdeutlichen. Ich habe Angst, dass unser Weg, wenn es mit dem Aufwind der rechten so weiter geht, sehr schnell im Knast oder, wie es die AfD „ganz human“ fordert, im Arbeitslager endet. Ja, genau diese Partei, die schon bald in verschiedenen Landesparlamenten an der Regierung beteiligt sein könnte und schon jetzt in den Ausschüssen mit drin sitzt. Bei aller Ablehnung von Parteienpolitik, wird in solchen Parlamentsausschüssen nun mal über so manche wichtige Dinge verhandelt, z.B. wer Gelder bekommt, wie Stiftungen und anderes Gedöns besetzt werden bis hin zu verfassungsschutzschützenden Maßnahmen, soll heißen Überwachung und Repression von politischen Gegnern. Davon ist die Basis der Szene dann schneller betroffen als uns lieb ist oder wir es uns derzeit auch nur vorstellen können. Da fliegt Gruppe XY dort raus, weil der und der Druck gemacht hat und Gelder gestrichen hat. Das Haus wird gleich ganz geschlossen wegen Gefährdung für öffentliche Sicherheit und diesen Jugendclub da schließen wir wegen Lärm und Baufälligkeit. Leicht war die Situation nie aber gerade verschärft sich sich zusehends. Eines bleibt dabei gleich, den Nazis wird in gewisser Weise vom Staat freies Spiel gelassen, um uns, wenn nicht zu bekämpfen, so wenigstens zu beschäftigen, damit wir von unseren anderen Anliegen der sozialen Revolution, dem Kampf um Freiraum und Selbstverwaltung abgehalten werden. Wir müssen beide Wege gleichzeitig bestreiten und dabei genau unsere Kräfte einteilen und versuchen zu wachsen, an Menge, in Qualität, Cleverness und Kreativität. Auch hier in

Jena sollten wir wieder mehr zur Bekämpfung von Nazis beitragen und uns zusammensetzen und das

angehen, anstatt über die „Nazis in New Balance“ zu staunen und weiter zuzuschauen.

(1) Beispiele dafür sind die Südthüringer: <http://www.afaction.info/> samt ihrem Zine Alerta Südthüringen <http://www.autistici.org/agst/alerta/index.html>. Die Gothaer <https://aagth.noblogs.org/> oder auch das haskala <https://haskala.de/>. Für Erfurt <https://erfurtnazifrei.wordpress.com/> Für Jena (leider nicht mehr aktiv) <http://atfjena.blogspot.eu/> Eine weitere gute Plattform für Gesamtthüringen, ohne dass ich wüsste wer die betreibt (mir das aber auch egal ist), ist <https://thueringenrechtsaussen.wordpress.com/>

(2) <http://www.ezra.de/>

(3) <http://www.mobit.org/>

(4) Die Story lest ihr hier: <http://agst.afaction.info/index.php?menu=news&aid=815>

(5) Die Antifa Task Force Jena löste sich neulich auf, hier die Chronik bis 2013 <http://atfjena.blogspot.eu/chronik/>

(6) <http://www.jenaer-nachrichten.de/stadtleben/3384-irakischer-asylbewerber-in-jena-mit-messer-schwer-verletzt>

(7) <https://linksunten.indymedia.org/de/node/165340>

(8) <http://atfjena.blogspot.eu/2016/01/14/nazis-ein-gesicht-geben/#more-1387>

(9) jena.otz.de/web/jena/startseite/detail/-/specific/Junger-Auslaender-in-Jena-im-Paradies-beschimpft-und-geschlagen-1231281123

(10) <http://www.otz.de/web/zgt/suche/detail/-/specific/Uebergreif-auf-drei-Inder-in-Jena-Ein-Angeklagter-legt-Gestaendnis-ab-1833665389>

(11) Z.B. das Menschenrechtsreferat des StuRa bis vor kurzem <https://menschenrechte.stura.uni-jena.de/index.php?y=2016> und weiterhin hier: <http://ballstaedt2014.org/>

(12) <https://linksunten.indymedia.org/en/node/174345>

(13) Mehr über das seit Jahren braune Kahla, wohin viele Jenaer FN-Kader zogen, nachdem das „Braune Haus“ hier geschlossen wurde gibt's hier <https://naziskahla.wordpress.com/> und hier <http://dck.blogspot.de/>

(14) Während es in anderen „Traditionsuniversitäts-Städten“ wie Tübingen oder Freiburg ganz gute Recherchen zu den Burschis gibt, fehlt dies in Jena. Die vom StuRa zum 200-jährigen Urburschenschaftsjubiläum 2015 herausgegebene Broschüre beschäftigt sich mehr mit dem Gedankengut und der Geschichte der Burschenschaften, als speziell einzelnen Akteuren in Jena. Die Broschüre gibt es offensichtlich nicht online, ist aber sicher noch beim Stura zu beziehen.

TIME

TO

ACT

Antifaschistische Demonstration - 1.Mai Plauen /Sachsen
9Uhr Hohe Str. / Oberer Bhf // Infos unter plauen0105.blogspot.eu

 **NATIONALISMUS IST KEINE ALTERNATIVE
FÜR EINEN EMANZIPATORISCHEN ANTIKAPITALISMUS** 

v.i.s.d.p. R. Andalo, Barrikade der Kommunisten, 13112 Berlin